
Abschlussbericht zum Projekt:
"Voraussetzungen und Ziele zivilgesellschaftlicher Partizipation
in der nationalen Forschungsagenda"

Zeitraum: August 2012 bis Juli 2014
Projektverantwortliche: Dr. Steffi Ober
Projektmitarbeiterin: Dr. Stella Veciana

Dieses Projekt wurde gefördert von



Berlin, 29.10.2014

Inhaltsverzeichnis

Teil A: Ausgangslage und Zielsetzung	3
1. Hintergrund	3
2. Ausgangslage	3
3. Ziele und Zielgruppen	4
Teil B: Projektaktivitäten	6
4. Änderungen im Projektverlauf	6
5. Projektdurchführung	7
5.1. Eigene Workshops.....	8
5.2. Tagungen.....	12
5.3. Gutachten und Arbeitspapiere.....	15
5.4. Öffentlichkeitsarbeit	18
6. Beiräte und Netzwerke	21
6.1. Projektbeirat	21
6.2. Arbeitsgruppen	21
7. Verbreitung des Lösungsansatzes.....	22
7.1. Verbände.....	22
7.2. Vernetzung mit anderen Projekten.....	23
Teil C: Projektbilanz	23
8. Reflexion.....	23
9. Blick in die Zukunft – Aufbau einer transformativen Literacy	29

Teil A: Ausgangslage und Zielsetzung

1. Hintergrund

Die große Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts so der Jahresbericht 2011 „Die Große Transformation“ des wissenschaftlichen Beirates Globale Umweltfolgen (WBGU). Mit einer großen Transformation meint der WBGU, dass die Ökonomie sich von endlichen, fossilen Brennstoffen verabschieden und auf eine nichtfossile, klimafreundliche Basis umsteigen sollte. Die Treiber des bisherigen, desaströsen Vorgehens seien vorrangig wissenschaftlich-technische Lösungsansätze und die Wachstumsfixierung der Gesellschaft. Der WBGU jedoch strebt das Gegenteil an: die Beschneidung der Optionen herkömmlichen Wirtschaftswachstums zugunsten der Sicherung von Freiheitsspielräumen. Dies erfordere die Transformation eines starken Staates, der ausbalanciert werden müsse durch die erweiterte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. Die Ansprüche an die Transformation sind gewaltig. Es bedarf weitreichender sozialer Innovationen für gesellschaftliche Veränderungen, neuer Ausbildungs- und Konsumentenmuster, neuer ökonomischer Modelle, neuer Werte und vor allem: der Verabschiedung von alten Technologien, Verhaltensmustern und etablierten Interessen. Dazu sind neue Lehrstühle, neue Forschungsinfrastrukturen und neue Akzeptanzkulturen notwendig. Der organisierten Zivilgesellschaft kommt dabei als Pionier des Wandels eine tragende Rolle zu. Denn nur mit der Zivilgesellschaft können die Zukunftsentwürfe der Gesellschaft wirkungsvoll mitgestaltet werden. Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzverbände sind in der Lage, mit ihrer Expertise soziale und ökologische Fragestellungen zu verfolgen und gesellschaftlich zu vermitteln. Daher ist es sinnvoll, Akteure aus der Zivilgesellschaft in die Beratungen zu Zielen und Strategien der Agenden einzubeziehen. Eine gemeinsam erarbeitete Problemformulierung stärkt die Verbindlichkeit aller Akteure, um zur Umsetzung der Ziele beizutragen. Angestoßen durch diese Analyse des WBGU kam es zu diesem UBA-Projektantrag für mehr Capacity Building in den ZGO für die Wissenschafts- & Forschungspolitik.

Die Umweltverbände mit ihren klassischen Themen wie Atomkraft, Pestiziden oder Gentechnik haben in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt, um die Bedrohtheit unserer Erde ins allgemeine Bewusstsein zu rücken und damit politische Entwicklungen zur Nachhaltigkeit anzustoßen. Da zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) hohes Vertrauen genießen, sind sie wichtige Protagonisten für einen gesellschaftlichen Wandel. Doch Umweltverbände beschäftigen sich in der Regel weder mit ökonomischen noch mit sozialen Fragen, ihr Fokus liegt auf der Ökologie. Umweltverbände zeigten bislang wenig Aktivität in Wissenschafts- und Forschungspolitik. Dabei formt die Wissenschaft unsere Zukunft, prägt Pfadabhängigkeiten und nimmt über ihre technologischen Entwicklungen großen Einfluss auf unser alltägliches Leben. Dieses Erkenntnis und das Unbehagen an der technologie-zentrierten Forschungspolitik (und dem damit verbundenen Mangel an sozialen Innovationen) reiften in den letzten Jahren in einigen großen Verbänden.

2. Ausgangslage

Bislang waren ZGO in der Forschungspolitik kaum repräsentiert. Im Jahr 2010 hatte die Bundesregierung die „Nationale Forschungsstrategie Bioökonomie 2030“ vorgestellt, die dazu beitragen soll, Wirtschaft und Gesellschaft von einer erdöl- auf eine pflanzen-basierte Struktur umzustellen. Eine solche Wende impliziert offensichtlich grundlegende gesamtgesellschaftliche Veränderungen, so dass ein breitgefächertes gesellschaftlicher Beratungsprozess sinnvoll gewesen

wäre. Doch die beteiligten Gremien wie der BioÖkonomieRat, die Forschungsunion, die Technologieplattformen der EU oder auch die Akademie der Technikwissenschaften (acatech) waren und sind bis heute vorrangig natur- und technikwissenschaftlich sowie industriell ausgerichtet. Gesellschaftliche Interessen jenseits von Technologieführerschaft und betriebswirtschaftlichem Gewinn konnten kaum transparent und organisiert eingebracht werden.

In diesem Projekt sollten die Voraussetzungen sondiert werden, die eine Beteiligung der Umweltverbände an der Forschungsagenda des Transformationsprozesses gelingen lässt. Um dazu innerhalb der Umweltverbände und Organisationen die dazu notwendigen Qualifizierungen zu verbessern, bedurfte es der genauen Analyse der Barrieren für eine erfolgreiche Beteiligung der Umweltverbände. Erste Schritte wurden dazu bereits erfolgreich unternommen: Initiative Arbeitstagungen in den Jahren 2011 und 2012 zu Grundfragen einer veränderten Forschungslandschaft und -politik in Richtung Nachhaltigkeit von VDW, NABU, BUND, BÖLW zusammen mit Wissenschaftlern aus universitärer, angewandter, Ressort- und außeruniversitärer Forschung sowie Fachpolitikerinnen der im Bundestag vertretenen Parteien wurden mit großem Interesse aufgegriffen. Ein wichtiges Ergebnis dieser Tagungen war die Einsicht, dass es den Verbänden an eigenen Kapazitäten für eine substantiierte Debatte mangelte und daher für ein Projekt mit dieser Zielstellung einen dringenden Bedarf gab.

3. Ziele und Zielgruppen

Projektziele:

1. Analyse des bestehenden forschungspolitischen Willensbildungs- und Entscheidungssystems aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft

2. Erarbeitung von Beteiligungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft an forschungspolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen

3. Identifizierung von Ansatzpunkten für eine nachhaltigkeitsorientierte Verzahnung der staatlichen forschungspolitischen Ebenen (Regierungen, Parlamente, Hochschulen, außeruniversitäre Forschung, Forschungsförderung) mit zivilgesellschaftlichen Akteuren

4. Einbindung der Zielgruppen: Die primäre Zielgruppe des Projektes sind die Umwelt- und Naturschutzverbände sowie – soweit leistbar – weitere relevante Akteure der organisierten Zivilgesellschaft wie Kirchen oder Gewerkschaften, sofern sie sich umwelt- und nachhaltigkeitspolitisch engagieren

Dieses Projekt sollte die Voraussetzungen sondieren, die für einen gelingenden Beteiligungsprozess der Umweltverbände notwendig sind. Dazu waren folgende Arbeitsschritte vorgesehen:

- Analyse des forschungspolitischen Willensbildungs- und Entscheidungssystems aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Beispielhaft werden die Bereiche Bioökonomie und Mobilität dargestellt
- Untersuchung der strukturellen und programmatischen Ursachen für die bisherige geringe forschungspolitische Profilierung von umweltorientierten Verbänden und daraus abgeleitet Wege zu einer aktiven Qualifizierung
- Identifizieren der formellen und informellen institutionellen Strukturen der Forschungspolitik (Wirtschaft, Wissenschaft, Politik)

- strukturelle und programmatische Ursachen für die bisherige geringe forschungspolitische Profilierung von umweltorientierten Verbänden
- Wege zu einer aktiven Qualifizierung und einer besseren Anbindung der organisierten Zivilgesellschaft an die universitäre und außeruniversitäre Wissenschaft
- Kompetenzaufbau, Vernetzung und Qualifizierung zu forschungsprogrammatischen und – organisatorischen Themen in den Verbänden (Empowerment und Capacity Building)

Um diese Projektziele anzugehen, sollten folgende Ansätze verfolgt werden:

- Diskussion der Partizipation in der Wissenschafts- und Forschungspolitik
- Diskussion über Anstößen für transdisziplinäre Wissenschaft in gesellschaftlich relevanten Wissenschafts- und Forschungsprogrammen
- Capacity Building in den ZGOs für Wissenschaftsthemen

Zielgruppen:

Da Projekt zielt auf die Verbände aus folgenden Gründen: Die Gesellschaft und ihre Akteure waren in die Entscheidungen zu Strategie und Themensetzung der Forschungspolitik bislang weder hinreichend involviert noch ausreichend unterrichtet. Deshalb ist es umso wichtiger, das Zusammenwirken staatlicher und privater Akteure so zu ändern, dass Ungleichgewichte aufgehoben, die Fixierung auf technologische und ökonomische Literacy¹ gelöst und stattdessen Orte der Wissensintegration geschaffen werden (Schneidewind 2013). Transformative Literacy schafft ein besseres Verständnis dafür, dass Kultur- und Wertorientierungen in allen institutionellen, ökonomischen und technischen Prozesses relevant sind. Die Verbände könnten somit das Nachhaltigkeitsziel in der Forschungspolitik langfristig stark machen. Um dies zu erreichen, sollten langfristige, personenunabhängige Strukturen in den zivilgesellschaftlichen Organisationen angeregt werden, die diese Arbeit fachlich begleiten können. Hinsichtlich der Zielgruppen ist zu bedenken, dass sich die Forschung in einem breiteren Kontext von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit bewegt. Daher wurde auch mit diesen Akteuren der Austausch gesucht.

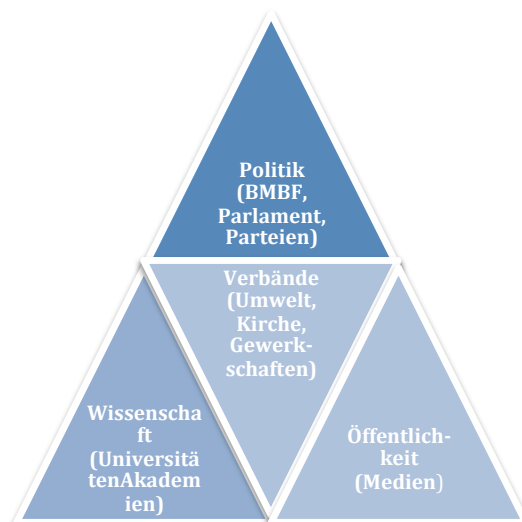


Abb. 1: Umfeld des Projektes: Verbände, Politik, Wissenschaft, Öffentlichkeit

¹ Das Konzept der Literacy bedeutet im wörtlichen Sinne der Umgang mit Büchern, Erzählungen und Texten.

4. Änderungen im Projektverlauf

Im Projektverlauf wurden zu Beginn des Projektes Anpassungen vorgenommen. Diese wurden notwendig, da sich in dem Jahr zwischen Projektantrag und Projektbewilligung innerhalb der Verbände weitere Entwicklungen ergeben hatten. Im ersten Verbändeworkshop (siehe 5.1.1.) gaben sich insbesondere die Umwelt-Verbände (DRN, BUND, NABU) sehr engagiert. Sie plädierten für einen umsetzungsorientierten Projektverlauf und drangen in den Diskussionen darauf, mehr in die Umsetzung zu gehen. An einer vertiefenden Analyse der Hindernisse schienen sie wenig interessiert. Die Verbände wünschten, die begonnene Entwicklung in ihren Organisationen und untereinander zu stabilisieren und Empowerment und Capacity Building zu stärken. Daher wurden folgende Ideen neu aufgenommen:

a.) Einrichtung von Arbeitsgruppen: Aus den Verbänden unter Beratung der NAWIS und ECORNET-Netzwerke² wurden Arbeitsgruppen (Good-Practice und Berliner Runde) gebildet, die mit ihren Aktivitäten das Projekt unterstützten. Die Arbeitsergebnisse der Gruppen bereits für den ersten Workshop Ende Oktober (30. Oktober 2012) genutzt.

Die Idee:

Die Arbeitsgruppen sollen die Entwicklung der Verbände unterstützen und partizipativ gestalten. Sie dienen als Think Tank und zur Integration der Interessen. Der Prozess in beiden Gruppen wird dokumentiert und auf einer Internet-Arbeitsplattform (Iversity) allen Teilnehmern zur Verfügung gestellt. Auf Iversity werden Links und Dokumentationsmaterial, Mitteilungen, Aufgaben und Termine eingestellt.

1. Die Arbeitsgruppe „Good-Practice“ stellt Erfahrungen aus zivilgesellschaftlichen Beteiligungsprozessen zusammen und sondiert so die Möglichkeiten, wie sich die Zivilgesellschaft aus kommunaler, Länder- und Bundesebene einbringen können. Die Europäische Perspektive insbesondere im Hinblick auf FP7 und Horizon 2020 wird mitbedacht.

2. Die zweite Arbeitsgruppe „Berliner Runde“ in der die großen Umweltverbände (DNR, BUND, NABU) auf Geschäftsführerebene vertreten sind, entwickelt Strategien (Eckpunkte, Leitideen) für diesen Prozess.

b.) Ebenfalls abweichend vom Projektplan wurde der Aufbau eines internetgestützten Kommunikationsangebotes für die Verbände und Zivilgesellschaft eingerichtet. Mit einer Liquid Feedback-Plattform als Diskussionsplattform der Zivilgesellschaft sollten alle Mitglieder der Verbände in der Fläche die Möglichkeit erhalten mit zu diskutieren. Ebenso sollte die Plattform als Tool genutzt werden, um zwischen den Workshops weiter an gemeinsamen Themenstellungen zur Wissenschaft und Forschung zu arbeiten.

² <http://www.ecornet.eu>

Die Idee:

Liquid Feedback

Liquid Feedback ermöglicht vielen Teilnehmer an gemeinsamen Dokumenten mitzuschreiben und Wissen einzubringen. Eingesetzt wird dieses Instrument nicht nur bei den Piraten sondern auch in kommunalen Prozessen mit erwünschter Bürgerbeteiligung. Mit Liquid Feedback stimmen Inhalt und Form überein, wir erarbeiten einen partizipativen Ansatz in der Forschungsdebatte. Die Plattform wird moderiert und inhaltlich begleitet. Auf der Internet Plattform Liquid Feedback wird Hintergrundwissen durch Links und Dokumente bereitgestellt. Diese Plattform soll in den Verbänden beworben werden und so die Verbandsmitglieder zur Mitarbeit motivieren. So kann jedes Verbandsmitglied partizipieren und die erwünschte erhöhte Aufmerksamkeit in den Verbänden für die Forschungsdebatte erzielt werden.

c.) Die Studie zur Analyse des forschungspolitischen Willensbildungs- und Entscheidungssystems aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sollte laut Projektplan die Bereiche Bioökonomie und Mobilität darstellen. Dieser breite Ansatz war angesichts der knappen Ressourcen nicht leistbar. Eine strukturelle Analyse der Forschungspolitik rund um die Energieforschung konnte dagegen durch die Vorkenntnisse und zusätzliche Eigenleistung des Auftragnehmers geleistet werden.

Alle Änderungen des Projektplans erfolgten in Absprache mit dem Projektträger.

5. Projektdurchführung

Die Aktivitäten des Projektes werden hier im Verlauf ausführlich dargestellt. Dazu gehören eigene Veranstaltungen wie Workshops und Tagungen sowie zahlreiche Veranstaltungen, auf denen das Projekt vorgestellt und diskutiert wurde. Besonders hervorzuheben ist dabei das zunehmende Interesse aus Europa im Kontext des 8. Forschungsrahmenprogrammes Horizon 2020. Der Ansatz „Responsible Research and Innovation“ (RRI) erfordert die stärkere Einbindung der ZGO. Hier war das Projekt in drei europäischen Forschungsansätzen nachgefragt: Consider³, Engage 2020⁴ und in Responsible Research and Innovation⁵. Dazu kommen zahlreiche Beiträge in Offline und Online-Publikationen. Folgende Outputs wurden im Laufe des Projektes erstellt:

³ <http://www.consider-project.eu>

⁴ <http://engage2020.eu/news/>

⁵ <http://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/en/h2020-section/responsible-research-innovation>

Task	Was	Ergebnisse unter:
Analyse der Strukturen in der Forschungspolitik	Workshop Energie (DNR)	5.1.3.
	Jahrestagungen 2013 /2014	5.2.
	Tagung EZ und Forschungspolitik, BfW, DUK, ZEF	5.2.2.
	Gutachten: Hindernisse für eine Partizipation der Umweltverbände in der Forschungspolitik (ISOE)	5.3.1.
	Working Paper: Zusammenarbeit nachhaltiger Wissenschaft mit Zivilgesellschaft	5.3.2.
	Fact Sheet: Energieforschung	5.3.3.
Strukturelle Hindernisse in den Verbänden + Wissenschaftssystem	1. Workshop	5.1.1.
	Gemeinsame Kernforderungen Eckpunkte für eine gemeinwohlorientierte Forschungspolitik	5.3.4.
Ansatzpunkte für eine nachhaltige Verzahnung	2. Workshop	5.1.2.
	Strategiedebatten Berliner Runde	6.2.
	Eckpunktepapier einer gemeinwohlorientierten Forschungspolitik	5.3.4.

Tab. 1: Überblick über Outputs

5.1. Workshops

Die Workshops dienten der intensiven inhaltlichen Diskussion zwischen den Verbandsvertretern, Vertretern der Wissenschaft, der Medien sowie weiteren interessierten Fachleuten. Die ausführliche Darstellung und Dokumentation entnehmen sie bitte dem Anhang und dem Verweis auf die Präsentationen auf der Homepage.

5.1.1. „Forderungen der Verbände“, 30. Oktober 2012, NABU Bundesverband

Thema: Auf diesem Workshop wurden mit rund 40 Teilnehmern die Kernforderungen zwischen den Verbänden diskutiert und in Kleingruppen vertieft.

Arbeitsergebnisse: Auf der Tagung wurden Arbeitsgruppen konstituiert mit der Verabredung, sich online und offline weiterhin zu koordinieren. Dazu diente auch die Internet Plattform Adhocracy⁶. Es wurden zwei Arbeitsgruppen gebildet:

- eine strategische Diskussion des weiteren Vorgehens im Rahmen der "Berliner Runde" (verantwortlich: Thomas Korbun, Geschäftsführer IÖW/ Olaf Bandt, Geschäftsführer BUND)
- eine Sammlung von Good-Practice-Beispielen für eine Partizipation der Zivilgesellschaft in der Wissenschaft

⁶ <http://forschungswende.adhocracy.de>.

Eine ausführliche Dokumentation der Kleingruppenarbeit findet sich auf der Homepage des Projektes⁷. In der Folge dieses Workshops wurden Kernforderungen der Verbände unter der Leitung des DNR erarbeitet, die von den Verbänden jeweils in den Vorständen diskutiert und gezeichnet wurden. Online sind sie beim DNR sowie den unterzeichnenden Verbänden zu finden.⁸ Die Kernforderungen haben in den zeichnenden Verbänden eine erste Auseinandersetzung mit der Wissenschafts- und Forschungspolitik angestoßen. Die Kernforderungen wurden erst im Mai 2013 abgeschlossen, da die Diskussionen in den Verbänden einige Zeit in Anspruch nahmen.



Abb. 2: Forderungspapier der Verbände

⁷ unter: http://forschungswende.de/index.php?option=com_content&view=article&id=37:dokumentation-2-workshop-forschungswende&catid=24&Itemid=178

⁸ unter www.dnr.de/aktuell/wissenschaftspolitik/index.html

**5.1.2. „Von der Zukunft denken: Grenzen der Ökologischen und Ökonomischen Steigerungslogik“,
19. Februar 2013, NABU Bundesverband**



Thema: Mit diesem Workshop sollten die großen Herausforderungen, die Grand Challenges, thematisiert werden. Der Verlust der Biodiversität sowie die Erderwärmung sind unbestreitbare Zeichen dafür, wie sehr die Menschheit die planetaren Grenzen bereits überschritten hat. Um die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft zu gestalten, sind Innovationen in sozialer sowie technischer Hinsicht nötig. Was können Forschung und speziell ZGO in der Forschung dazu beitragen? Welche neuen Pfade sind mit Hilfe der Wissenschaft zu beschreiten? Wie können die Forschungsfragen in den Verbänden implementiert werden?

Arbeitsergebnisse:

Notwendig sei es, sich über Grundannahmen zu verständigen, Dialogprozesse zu führen und im sozialen Netz eine andere Öffentlichkeit zu schaffen. Vor aber allem ginge es darum, aus der Passivität herauszukommen, mit einem Plan B vorbereitet zu sein und die guten Ideen politisch durchzusetzen. Die bereits entworfenen zehn Kernforderungen der Verbände seien in den Ausschreibungsverfahren auch anzuwenden.

In kleineren Arbeitsgruppen wurden die Themenfeldern Energie, Bioökonomie, Ökonomie, Organisationsentwicklung und Mobilität vertieft. In der Abschlussdiskussion wurden Anforderungen, Ideen und Umsetzungen auf den Ebenen der Organisation, Wissenschaft & Forschung und Governance erörtert. Selbstkritisch wurde vermerkt, dass in einigen Arbeitsgruppen zu wenig Verbandsvertreter teilgenommen hätten. Die Frage sei, wie die Idee einer partizipativen und demokratischen Wissenschaft in die Verbände hineinzutragen sei. Als weitere Schritte wurde vorgeschlagen:

- die Kernforderungen in den Verbänden weiter zu diskutieren
- die Aktivitäten der Arbeitsgruppen zu unterstützen
- die eigene Aktivitäten der Verbände zu fördern und zu bündeln

5.1.3. "Forschen für die Energiewende", 21. Oktober 2013 gemeinsam mit dem DNR, NABU Bundesverband



Thema: Mit einer Analyse der Energieforschung sollten Alternativen entwickelt sowie an einer Roadmap der Transformation gearbeitet werden. Das breite Spektrum der Beiträge ging von der kritischen Analyse der Ist-Situation der Mittelverteilung, der Vorstellung des SÖF Programm und Forschungsforums Energiewende des BMBF über die notwendigen Anforderungen an eine zukünftige Energieforschung und an die Governance der Forschungspolitik bis zur Rolle der Verbände in der Forschungspolitik.

Arbeitsergebnisse:

Handout: Ihre Ideen für konkrete Alternativen der Mittelverteilung in der Energieforschung, mit dem Ziel, die Energiewende am besten zu unterstützen		
<p>Wo könnten / sollten die Mittel gekürzt werden? Warum?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kernenergie (raus aus Euroatom) • Schiefer, Gas • Kernfusion • Kohlekraftwerke • Fossile Brennstoffe • CCS-Forschung entkoppeln von Weiterentwicklung von Kohlekraftwerk • CCS nicht fördern • Alles, was im Zielkonflikt zur Energiewende steht 	<p>Wo könnten / sollten die Mittel erhöht werden? Warum?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mobilität (alle Formen; Demographie, Bundesverkehrswegeplan) • Netztechnologien, Schwerpunkt Gleichstrom, Dezentraler Stromspeicher • Energieeffizienz • Gebäudesanierung (insb. Renovierung) • Umsetzungsprojekte) • Wärmewende • Akzeptanz • SÖF • Dezentrale Technologien • Flexibilitätserhöhung • Erneuerbare Energien • Naturschutz • CO2 als Rohstoff nutzen • Fragen der Gerechtigkeit • Querschnittsthemen / Synergien • Systemforschung, Szenarien (Städte als Real-Labor), Szenarien gestützter Dialog 	<p>Welche Felder sollten zur Forschungsförderung neu hinzukommen? Warum?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konsum-, Wertewandel • Umweltpsychologie • Datensicherheit • Alternative Ökonomiemodelle • Recycling-, Vermeidungs-Forschung • Energieextensive Agrar- und Ernährungssysteme • Meeresenergie • Partizipationsforschung • Suffizienz Forschung • Effekte der Transformation (Wegfall von Arbeitsplätzen in der "alten" Industrie) • Energieeffizienz (auch als Politikfeld) • Systemanalyse • Mehr Systemdenken zur europäischen Dimension
<p>Welche Governance in der Energieforschung unterstützt die Energiewende am besten?</p>		
<ul style="list-style-type: none"> • Nachhaltigkeitsstrategie (Konsistenz/Ziel gebend) • RNE stärken, mehr Machtkompetenz; • Transparenz über Akteure und Legitimation „Hinterzimmern“-Entscheidungsstruktur abschaffen • Zivilgesellschaft als Agendasetter • Verbündete (in Wirtschaft, Politik etc.) finden • Mechanismen für deliberative demokratischer Verfahren • Internationale Rahmenbedingungen 		<p>Weiteres</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verteilungsschlüssel ändern • Innovation per se ist nicht Gut • Irreführende Nomenklatur der Fo-förderung • Input Forschungs-Union (Besetzung etc.) • Stärkere/größere Förderung der Zivilgesell. • Allianzen bilden, Kapazitäten bündeln • In richtigen Gremien sitzen (Machtstrukturen analysieren)

Abb.3. Handout zur Energieforschung. Vorlage: Felix Rübcke (www.good-root.org)

Übereinstimmung herrschte, dass die Atom- und Fusionsforschung auf den Prüfstand gehört. Die Energieforschung sollte kongruent mit dem Atomausstieg erfolgen, so dass Atom- und Fusion nicht mehr als mögliche Option der Energieversorgung gefördert werden. In welchem Rahmen sie dann noch als stark reduzierte Forschungsthemen weiterverfolgt werden, um die notwendige Expertise zu

erhalten, blieb offen. Deutlich fiel die Kritik der die Förderung von Kohle und CCS unter der Position Energieeffizienz aus. Systemische Ansätze zur Energieforschung wie Forschungsansätze zu Suffizienz und Lebensstilwandel, Mobilität, Wärme und den demographischen Veränderungen wurden von vielen TeilnehmerInnen eingebracht. Solche Ansätze sucht man in den Förderstrukturen bislang vergebens. Als Gründe dafür wurden diskutiert: Wer steuert die Forschungsförderung der Energiewende und welche Partialinteressen machen sich da stark? Die Zivilgesellschaftlichen Organisationen sollten sich stärker als bislang in die Schaltzentralen der Forschungssteuerung einbringen, in den vielen Expertengremien der Bundesregierung von der Forschungsunion bis zu den Energiebeiräten bei BMWI und BMBF. Notwendig ist dabei jedoch, dass die Umwelt- und Naturschutzverbände in relevanter Anzahl vertreten und nicht nur als Feigenblatt dienen.

5.2. Tagungen

Zwei öffentliche Veranstaltungen fanden in der Berlin- Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft (BBAW) statt. Eine weitere Tagung wurde gemeinsam mit der Deutschen UNESCO Kommission, Brot für die Welt (BfdW) und dem Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) in Bonn veranstaltet.

5.2.1. "Partizipation und Transparenz in der Wissenschafts- und Forschungspolitik", 31.Mai 2013, (BBAW)



Thema: Hochrangige VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft und Stiftungen diskutierten über zivilgesellschaftliche Partizipation in der Wissenschafts- und Forschungspolitik. Beteiligt waren Dr. Eugen Huthmacher, BMBF, Prof. Dr. Gesine Schwan sowie der Präsident des NABU Olaf Tschimpke. Die seitens des Projektes in Auftrag gegebene Kurzstudie: Voraussetzungen für eine Partizipation der Umweltverbände in der staatlichen Forschungspolitik wurde von Autor Dr. Matthias Bergmann (ISOE) vorgestellt.

Thesen:

Dr. Eugen Huthmacher sieht eine neue Rolle der Zivilgesellschaft in der Forschungspolitik. „Forschung ist im Gespräch. Das zeigt die heutige Veranstaltung. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Bemühungen, Wissenschaft und Forschung mehr in der Mitte der Gesellschaft zu rücken, Fortschritte machen. (...) Geld allein löst aber noch keine Probleme. Die Debatte darüber, WAS und WORAN geforscht wird, ist deshalb stärker in den Focus gerückt. Inhalte sind gefragt. Das gilt auch für das BMBF. Wir verstehen uns längst nicht mehr alleine als Forschungsförderer im Sinne reiner Geldverteilung. Wir sind verantwortlich für den Dialog mit der Forschung und mit der Gesellschaft. Es geht darum die entscheidenden Fragestellungen zu definieren und darum Forschungsergebnisse mitzugestalten und zu vermitteln.“

Olaf Tschimpke, stellv. Vorsitzender des Nachhaltigkeitsrat sowie Präsident des NABU machte sich für die zehn Kernforderungen der Verbände stark. Mehr Forschungsprogramme für Zukunftsthemen und transdisziplinäre Forschung müssten aufgelegt werden.

Die Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance, Prof. Dr. Gesine Schwan betonte, dass Demokratie und Forschungsfreiheit untrennbar miteinander verbunden sind. Allerdings muss die Ausrichtung der Forschung in einem deliberativen Prozess erarbeitet werden. Das Gemeinwohl ergibt sich erst im gemeinsamen Diskurs. Weder Wissenschaft noch Wirtschaft können darüber nach Gutdünken bestimmen. Die Alimentierung der Wissenschaft über öffentliche Steuergelder verlangt eine demokratische Legitimation der Verwendung dieser Gelder. Was gefördert wird, ist per se eine politische Entscheidung. Doch Politik ist kurzfristig orientiert und daher strukturell für langfristige Perspektiven kein guter Sachwalter. Entscheidend für die Gemeinwohlorientierung der Forschungspolitik ist daher, dass sich die organisierte Zivilgesellschaft einmischt und die „schwachen“ Interessen wie Ökologie und Soziales stark macht. Sowohl die unterschiedlichen Akteure als auch die verschiedenen Wissensarten von Erfahrungswissen bis zum disziplinären Hochschulwissen müssen lernen, sich gegenseitig zu respektieren und in einem fairen Verfahren mit guten Gründen zu verständigen.

5.2.2. "Transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung - neue Partner für die Entwicklungsarbeit", 25. Februar 2014, ZEF Bonn



Partner: Diese Tagung wurde gemeinsam mit den Partnern Deutsche UNESCO Kommission (DUK), Brot für die Welt (BfdW), Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) durchgeführt.

Thema: Wissenschaft und Forschung im Kontext von Entwicklung stehen vor der doppelten Herausforderung gute Wissenschaft zu betreiben und Lösungsansätze zu gesellschaftlich relevanten Fragestellungen anzubieten.

Arbeitsergebnisse:

Zu den Leitlinien einer problemorientierten Forschung gehört der Grundsatz, die richtigen Stakeholder zu identifizieren und die richtigen Fragen zu stellen. Die Herausforderung, einen transdisziplinären Prozess zu gestalten, wird in vielen Projekten der Entwicklungsforschung bereits eingehend reflektiert und hervorragend gelöst. Aus der Schweiz liegen langjährige Erfahrungen aus Kooperationsprojekten vor. Als weiterer Diskussionsstrang zog sich die Frage durch die Veranstaltung, was wir den Ländern des Südens an Wissen anbieten können und was sie von uns überhaupt haben wollen. Was bedeutet das Recht auf Entwicklung unter den Bedingungen der Globalisierung und planetarischer Grenzen des Erdökosystems? Diese Frage bringt politisch höchst brisante Fragen an die nationale Politik mit sich. Wie sehen die weiteren Politikstrategien der Bundesregierung aus, wie Hightech-Strategie und Bioökonomiestrategie? Welche Konsum- und Lebensstile werden dort verfolgt und wie kohärent sind diese mit den globalen Transformationsansätzen? Aus der Entwicklungszusammenarbeit gibt es bereits eine Matrix, die sich in transdisziplinären Forschungsprojekten bewährt hat. Diese beinhaltet: Knowledge for

Understanding, Knowledge for Doing, Getting the Institutional Arrangements Right bis zu den programminternen Anforderungen zu Teambuilding und Evaluierung. Auch hier lässt sich für den nationalen Diskurs zur Frage, wie exzellente transdisziplinäre Forschung gestaltet werden kann, noch einiges lernen.

5.2.3. „Neue Allianzen zwischen Gesellschaft, Politik und Wissenschaft? Eine Zwischenbilanz“, 7. Mai 2014, BBAW Berlin



Thema: Mit mehr als 100 TeilnehmerInnen wurde eine Zwischenbilanz des Projektes gezogen. Seit Start im Sommer 2012 hat eine Reihe von Veranstaltungen, ein Gutachten zur Transparenz und Partizipation in der Wissenschaftspolitik und eigenen Forderungen der zivilgesellschaftlichen Verbände das Thema der Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft auf die wissenschafts-politische Agenda gebracht. Nicht zuletzt die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung verankerte Einbindung der Zivilgesellschaft in der Diskussion neuer Forschungsprogramme zeige, dass es bei diesen Forderungen nicht mehr um die grundsätzliche Frage des „Ob“, sondern um die Fragen des „Wie“ der zivilgesellschaftlichen Partizipation in der Wissenschaftspolitik gehe, so die RednerInnen. Gelingende Partizipation bedürfe jedoch vorab einer gründlichen Planung ebenso wie den Willen der Politik, den Bürgerwillen auch umzusetzen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Gesellschaft, Politik und Wissenschaft hier erst am Beginn eines gemeinsamen Such- und Lernprozesses stehen.

Ergebnisse: Die Beteiligung der Zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO) wird nachgefragt, doch es mangelt ihnen an ausreichenden Strukturen und Personal, um auf Augenhöhe partizipieren zu können. Forschungspolitik für die Große Transformation lebt von der Integration der Interessen.

These: Die verschiedenen Ebenen der Partizipation müssen stärker beachtet werden.

Auf der Policy-Ebene, der Ebene der Politikgestaltung, werden die großen Linien der Zukunftsentwürfe beraten und die Mittelverteilung gesteuert. Auf der mittleren Ebene der Programmgestaltung geht es konkret um die Ausgestaltung des nächsten Energieforschungsprogrammes oder FONA. Auf der konkreten Projektebene sind die Verbände dann in der transdisziplinären Forschung als Praxispartner gefragt. Auf dieser Ebene können sie in Reallaboren Erfahrungen in der Kooperation mit der Wissenschaft sammeln.

Kontroversen: Ministerialdirigent Dr. Eugen Huthmacher (BMBF) sieht in seiner Abteilung das Programm FONA auf einem sehr guten Weg, eine breite Beteiligung von Bürgerdialogen bis zur Partizipation in Agendasettingprozessen zu realisieren. Allerdings sei es nicht die Aufgabe seines Hauses, die Beteiligung der ZGO zu finanzieren. Prof. Dr. Hubert Weiger (BUND) hielt dagegen, dass die Partizipation der Verbände eine gesellschaftlich gewünschte Anforderung sei, die drohe, die Verbände zu überfordern. Zudem werden in den Universitäten ökologische und systemische Themen eher an den Rand gedrängt und fehlten zunehmend an Expertise für die Umweltverbände. Prof. Dr. Uwe Schneidewind bekräftigte, dass nach den ersten Erfolgen die Herausforderung darin liege, die institutionellen Voraussetzungen für größere Ressourcen in den ZGOs zu stärken. Ein Beispiel sind

Reallabore: sie zeigen eine strukturelle Veränderung in der Wissenschaft und bieten neue Narrative an, wie es funktionieren kann. Der Transformationsprozess könne nur gewinnen, wenn sich die ZGO als eine reflexive Begleitung des BMBF einbringen. Eine Möglichkeit einer besseren finanziellen Unterstützung der Verbände könne auch darin liegen, sie in der Projektvorlaufphase bis zur Co-Kommunikation mit zu finanzieren.

These: Partizipationsforschung und Methoden sind bereits vorhanden. Zivilgesellschaftliche Organisationen in die Aushandlungen über Forschungsstrategien mit einzubeziehen, stärkt zum einen die Demokratie. Zum anderen können sie gegenüber Experten deutlich machen, was akzeptabel und wünschbar ist. Das Format ist ein entscheidender Faktor für Partizipation. Geklärt werden muss vorab:

- Welche Strategie wird gefahren? Wer wird beteiligt? Wie ist die Qualitätssicherung und Evaluation, wie die sozialwissenschaftliche Begleitforschung? Welche Lerneffekte folgen für den nächsten Schritt?

Transdisziplinäre Forschung sei an erster Stelle ein wissenschaftlicher Prozess, der sich dadurch auszeichne, dass er neue Fragen generiere. Transdisziplinarität sei eine etablierte Methode und nicht beliebig anwendbar.

5.3. Gutachten und Arbeitspapiere

im Laufe des Projektes wurde ein Gutachten zu den „Strukturellen und programmatischen Hindernissen für eine Partizipation der Umweltverbände in der Forschungspolitik“ vergeben und ein Arbeitspapier zu „Bottom-Up Geschichten der Zusammenarbeit nachhaltiger Wissenschaft mit Zivilgesellschaft“ als Ergebnis der Diskussion in der Best-Practice Arbeitsgruppe verfasst.

5.3.1. Gutachten: Strukturelle und programmatische Hindernisse für eine Partizipation der Umweltverbände in der Forschungspolitik

Auftragnehmer: Dr. Matthias Bergmann, ISOE Frankfurt/Main

Die zentrale Fragestellung bei der Bearbeitung dieses Gutachtens lautete, ob davon ausgegangen werden kann, dass im Bereich der mit öffentlichen Mitteln geförderten Forschung – insbesondere im Bereich der Nachhaltigkeitsforschung und hier speziell zur Energiewende – Partizipation auf eine breitere Basis gestellt werden kann. Umweltverbänden seien nicht nur als Stakeholder oder Experten in Forschungsprozessen gefragt, sondern auch zum Identifizieren von Forschungsbedarfen, der Programmentwicklung und von Ergebnisevaluationen.

In der Untersuchung wurde festgestellt, dass eine Partizipation der Umweltverbände in der von der öffentlichen Hand geförderten Forschung in beschränktem Maße gegeben ist. Es ist wichtig, hier zu unterscheiden zwischen der Teilnahme als sogenannte Praxispartner in konkreten transdisziplinären Forschungsvorhaben einerseits und der Partizipation an der Beratung und Bestimmung neuer Forschungsprogramme bzw. Forschungsagenden andererseits. Da der transdisziplinäre Forschungsansatz insbesondere in der Nachhaltigkeitsforschung verstärkt zum Einsatz kommt, ist hier die Möglichkeit zur unmittelbaren Teilnahme an Forschungsvorhaben umfangreicher gegeben als noch vor einigen Jahren. Daneben ist zu beobachten, dass die großen Forschungsgemeinschaften sich zwar vermehrt dem Problem des klassischen Wissenstransfers von der Wissenschaft in die Gesellschaft widmen. Dieser führt jedoch zu selten dazu, dass Forschungsergebnisse tatsächlich im gesellschaftlichen Problemfeld zu den angestrebten Veränderungen hinleiten. Dazu Bergmann:

„Vielfach wird solche Partizipation als hinreichend angesehen für die Beteiligung außerwissenschaftlicher Praxispartner. Es wird also nicht unterschieden zwischen der Beteiligung von lebensweltlicher Expertise im Forschungsprozess selbst (als sogenannte Praxispartner oder Stakeholder) und dem Mitwirken zivilgesellschaftlicher Akteure am Formulieren von gesellschaftsrelevanten Forschungsinhalten – also der Teilhabe vor dem Beginn der Forschung. Ebenso häufig kann festgestellt werden, dass auch bei der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Expertise in Forschungsprojekten zunächst die Forschungsfragen und -ziele allein durch die Wissenschaftler/innen formuliert werden, während die gesellschaftliche Praxis erst später in beratender Form oder zum Zweck des Beschaffens einer direkten, qualitativen oder quantitativen Datenbasis in den Prozess aufgenommen wird. Damit wird das Risiko übersehen, dass Praxispartner – wenn der Forschungsgegenstand nicht im Rahmen eines sogenannten shared ownership formuliert wird – die Erkenntnisse und Ergebnisse, die aus solchen, nicht in Gänze geteilten Forschungsvorhaben entstehen, sich nicht oder nur beschränkt zu eigen machen und im behandelten gesellschaftlichen Problemfeld nur zögerlich oder gar nicht verfolgen, umsetzen oder unterstützen („unbalanced problem ownership“, Lang et al. 2012: 33, 36). Das uralte Problem eines Wissenstransfers, bei dem Forschungsergebnisse aus der Wissenschaft in die Gesellschaft transferiert werden, in umgekehrter Richtung aber ein Wissensfluss nicht erfolgt, stellt sich dann erneut, weil nicht konsequent genug gehandelt wurde. Insofern ist nicht nur eine Beteiligung gesellschaftlicher Expertise am Formulieren von Forschungsfragen in einzelnen Vorhaben sinnvoll, vielmehr wird auch das Bestimmen von ganzen Forschungsagenden bzw. -programmen von solcher Partizipation insofern profitieren, als gesellschaftliche Relevanz und Umsetzungschancen befördert werden. Gleichzeitig sind Vertreterinnen und Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft gefordert, den Problem- und Lösungsbezug solcher Programme und Projekte zu stärken. Außerdem ist von ihnen zu fordern, dass auch sie Lernbereitschaft zeigen im Hinblick auf Forschungsfragen und -agenden, die aus wissenschaftlicher Hinsicht von Interesse und Bedeutung sind. Es ist bisher kaum zu beobachten, dass zivilgesellschaftliche Expertise in Beratungen über ganze Forschungsprogramme oder Forschungsstrategien herangezogen wird, während große Unternehmen durchaus in entsprechenden Programmbeiräten etc. vertreten sind. Die großen Forschungsgemeinschaften besitzen verschiedene Gremien, die sich mit dem Formulieren von Forschungsagenden befassen. In keinem dieser Gremien sind zivilgesellschaftliche Verbände vertreten, lediglich Vertreter von Unternehmen und Unternehmensverbände agiert vor allem die HGF hinsichtlich des Setzens ihrer Forschungsschwerpunkte recht intransparent. Die öffentlich wahrnehmbaren und auch mit Vertretern außerhalb von Wissenschaft und Politik besetzten Gremien haben allenfalls beratende Funktion, Beschlüsse werden intern gefasst.“

Aus zumindest zwei strukturellen Gründen und einem inhaltlichen Aspekt heraus erscheint es als empfehlenswert, das BMBF als ein zentrales Ziel von Partizipationsbemühungen hinsichtlich des Mitwirkens beim Festlegen von Forschungsagenden zu sehen: Erstens ist es der Träger öffentlich geförderter Forschung mit dem größten Fördervolumen, zweitens ist es der wichtigste (tlw. ausschließliche) Förderer der großen Forschungsgemeinschaften und drittens werden von ihm selbst (vor allem in der Abteilung 7) gezielt, vielfach auch im transdisziplinären Ansatz zahlreiche Forschungsvorhaben und -programme gefördert, die Energiepolitik, Energiewende und viele andere Themen der Nachhaltigen Entwicklung betreffen.

5.3.2. Working Paper: Zusammenarbeit nachhaltiger Wissenschaft mit Zivilgesellschaft

Autorinnen: Dr. Claudia Neubauer, Dr. Stella Veciana

Das Arbeitspapier „Bottom-Up Geschichten der Zusammenarbeit nachhaltigkeitsorientierter Wissenschaft mit Zivilgesellschaft“ gibt Einblick in ausgewählte deutsche und europäische Projekte, die Wissenschaft mit und für die Gesellschaft gestalten. Die Transformationen des Wissenschaftssystems unterliegen einer historischen Entwicklung, die u.a. aus dem Spannungsfeld zwischen dem

akademisch-wissenschaftlichen und dem praktisch-(zivil)gesellschaftlichen Wissen hervorgehen. Um die Ausgestaltung und Orientierung von Wissenschaft und Forschungspolitik zukunftsfähig zu gestalten bedarf es mehr gemeinsamer Räume (Shared Spaces), in denen die Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft in dialogischen Formaten gemeinsam Entscheidungen aushandeln. Diese shared spaces sind als Orte der Integration (Schneidewind, 2013; Bergmann, 2010) vielfältiger Wissensformen zu verstehen und benötigen ein entsprechend gutes Regelungssystem (good governance). Es geht dabei nicht nur um den partizipativen Ansatz der Forschung, sondern auch um die Ausrichtung der gemeinsam durchgeführten Forschung im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung. Nicht jede partizipative Forschung fördert gleichzeitig oder automatisch auch Nachhaltigkeit oder das Gemeinwohl. Zugleich verdeutlichen die aufgeführten Beispiele auch die Schwierigkeiten, die alle aktiven Mitgestalter dieser Shared Spaces erfahren.

Neben dem Einblick in Hürden und Möglichkeiten der einzelnen Projekte versammelt das Arbeitspapier Empfehlungen für die Entwicklung einer Schnittstelle zwischen Forschung und Gemeinwohl. Um die Forschungspolitik hin zu robusteren Lösungen für die Transformation auszurichten und die Zivilgesellschaft in die Forschungssteuerung einzubeziehen, wird empfohlen folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Bedarf für das Zustandekommen und die Beständigkeit transdisziplinärer und partizipativer Forschungsprojekte
- Anforderungen an transdisziplinäre Forschungsprojekte
- Aspekte für Förderprogramme für Transition-Forschung
- Notwendigkeiten für eine strukturelle Transformation auf Verwaltungsebene
Vorschläge für eine Stadtplanung, die die ökologische Transformation aktiv priorisiert

5.3.3. Fact Sheet Energieforschung

Der Fact Sheet Energieforschung leistet einen Überblick über die in 2014 entfallenen Ausgaben, die sich der Energieforschung zurechnen lassen. Hierzu gehören die Bereiche der Forschung für Innovationen, wie die Hightech-Strategie sowie Energie und Nachhaltigkeit. Unter die Überschrift Energie und Nachhaltigkeit fällt die Energieforschung mit einem Budget von 122,5 Mio. Euro sowie Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich der Erneuerbare Energien im Umfang von 158,4 Mio. Euro. Die Sicherheitsforschung für kerntechnische Anlagen fällt auch darunter inklusive der Projekte im EURATOM. Diese werden mit 34,1 Mio. Euro gefördert. Das Ziel der Bundesregierung in 2014 fast 80 % des Forschungsbudgets auf die beiden Bereiche Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu konzentrieren wird in etwa erreicht. Dazu kommen jedoch weitere Ausgaben für Energieforschung:

- Die institutionellen Zuwendungen der außeruniversitären Forschungsinstitute werden in den genannten Zahlen nicht berücksichtigt.
- Ebenfalls nicht berücksichtigt sind die Kosten der Stilllegung und des Rückbaus kerntechnischer Versuchsanlagen. Diese werden im Haushaltsplan 2014 mit 128,08 Mio. Euro veranschlagt.
- Hinzu kommen knapp 54 Mio. Euro für gesetzliche Endlageraufwendungen der radioaktiven Abfälle.
- Im Rahmen des Engagements der Bundesrepublik in europäischen Forschungseinrichtungen

in Form von Mitgliedsbeiträgen sind in 2014 Zahlungen in Höhe von 20,08 Mio. Euro für den Bau und Betrieb eines Höchstflussneutronenreaktors am Institut Max von Laue-Paul Langevin (ILL) in Grenoble eingeplant. Der deutsche Anteil an den Kosten für die spätere **Stilllegung und Rückbau wird zurzeit auf rund 50 Mio. Euro geschätzt.**

5.3.4. Eckpunkte für eine gemeinwohlorientierte Forschungspolitik

Autorin Dr. Steffi Ober

Mit diesen Eckpunkten werden sowohl die Strukturen in der Forschungspolitik skizziert als auch theoretisch normative Gründe für die stärker Beteiligung der ZGO in der Forschung diskutiert. Als Ausgangspunkt dient der zweite Peer Report zur Nachhaltigkeitsstrategie, der die deutsche Forschungspolitik mahnt, konsistenter als bislang die Forschungsstrategie auf Gemeinwohlorientierung zur Sicherung der kollektiven Güter auszurichten. Transdisziplinäre Forschungsansätze unter Einbeziehung gesellschaftlicher Akteuren und ein gemeinsames Agenda-Setting sind dazu unverzichtbar. Das Eckpunkte-Papier zeigt auf, welche Anforderungen an die Forschungspolitik hinsichtlich der Großen Herausforderungen gestellt werden und gibt Hinweise, wie sie gestaltet werden könnten.

5.4. Öffentlichkeitsarbeit

Da das Projekt den Auftrag hatte, vor allem intern in den Verbänden und in einer Fachöffentlichkeit zu wirken, lag der Schwerpunkt der öffentlichen Präsentation des Projektes in der Teilnahme an zahlreichen externen Veranstaltungen im nationalen wie im EU-Kontext.

5.4.1. Vorträge bei externen Veranstaltungen

Externe Veranstaltungen	Beiträge
18.09.2012	Fachgespräch „Transparenz und Partizipation in der Forschung“. Deutscher Bundestag, Berlin
16.11.2012	Ober, Steffi. Wahrhaft nützlich. Was kritische Nachhaltigkeitsforschung ausmacht. ISOE-Tagung, Frankfurt/M.
19.11.2012	Ober, Steffi. Nachhaltige Wissenschaft und Forschungspolitik. Tagung "Nachhaltigkeit in der Wissenschaft". Ev. Akademie, Bad Boll
22.02.2013	Veciana, Stella. Bericht BBE. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Berlin
22.02.2013	Ober, Steffi. Podiumsdiskussion. Fortschrittskongress "Forschen für den Fortschritt". Düsseldorf
12.11.2013	Ober, Steffi. Alternatives Denken. Workshop Denkwerk Zukunft. Wissenschaftszentrum, Bonn
13.11.2013	Ober, Steffi. Input Themenforum Forschung. In Tagung "Die Hochschule auf dem Weg zur Nachhaltigkeit" Bedeutungen, Ziele und konkrete Konzepte.

26.04.2013	Veciana, Stella. Selbstdarstellung: Zivilgesellschaftliche Plattform ForschungsWende. FoLD Netzwerktreffen,
30.01.2014	Ober, Steffi. German Future Earth Summit 2014. Nawis, Berlin
20.01.2014	Ober, Steffi. Input: HNEE Tagung Wissenschaftspolitik, Eberswalde
21.02.2014	Ober, Steffi. Input BBE Arbeitsgemeinschaft Zivilgesellschaftsforschung
06.05.2014	Ober, Steffi. Veranstaltungsreihe zu nachhaltiger Wissenschaft in Thüringen, Erfurt
21.05.2014	Ober Steffi: Input Workshop: Engage 2020, Sofia
24.06.2014	Ober, Steffi. Keynote: Gemeinwohlorientierte Wissenschaft für eine zukunftsfähige und geschlechtergerechte Green Economy. CaGE, Berlin
01.07.2014	Ober, Steffi. Workshop Input: Effective Participation of Civil Society Organisations in Research & Innovation. CONSIDER Expert Workshop, Brüssel
08.07.2014	Ober, Steffi. Workshop Input: Citizen Science ThinkTank Workshop. Kalkscheune, Berlin

Tab 2. Vorträge extern

5.4.2. Artikel und Interviews

Artikel, Interviews	
Juli/August 2012	Ober, Steffi. Zivilgesellschaft und Wissenschaftspolitik. Interview von Manfred Ronzheimer, Zeitschrift für Innovation Heft 4 Juli/August 2012
Oktober 2012	Christian Grefe, Die Zeit: Wissen: Verantworten statt antworten. Kritiker fordern von der Wissenschaft mehr Verantwortung für die Nachhaltigkeit.
Aug 2013	Ober, Steffi, Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft
Jan 2014	Ober, Steffi (2014): Wissenschaftspolitik nachhaltiger gestalten. In: Gaia 23 (1): 11-13
Jan 2014	Ober, Steffi. Why Culture Matters. In: Research Arts Plattform 1/2014.
Febr. 2014	Ober, Steffi. Eckpunktepapier einer gemeinwohlorientierten Forschungspolitik

Tab 3. Veröffentlichungen

5.4.3. Homepage

Die Homepage „Forschungswende“ ging unter www.forschungswende.de zeitgleich mit dem Workshop am 30. Oktober 2012 online. Auf dieser Homepage stellten sich die Akteure der Forschungswende mit ihren Profilen dar. Die ausführlichen Dokumentationen der Workshops waren abrufbar. Themenfelder wurden inhaltlich in ihrer Breite dargestellt. In einer Terminleiste waren interne und externe Termine abrufbar. Zu den im Projekt bearbeiteten Forschungsthemen wurden Hintergrundinformationen eingestellt. Die Homepage wird nach Projektende weitergeführt.

5.4.4. Die Beteiligungsplattform Adhocracy

Zeitgleich mit dem Workshop am 30. Oktober 2012 und der Homepage wurde auch die Beteiligungsplattform „Forschungswende“ freigeschaltet. Der Ansatz sollte eine Lösung bieten, wie viele der interessierten Verbände eingebunden werden können, die sowohl Unterstrukturen in der Fläche hatten oder erst gar nicht in Berlin saßen. Deshalb bot sich Adhocracy an, denn diese Plattform bietet Organisationen und jedem Interessierten die Möglichkeit, relevante Themen einzubringen und zu diskutieren. Sie dient der Meinungsbildung und Bündelung der Interessen. Angedacht war durch die Beteiligungsplattform, eine kontinuierliche bundesweite Zusammenarbeit der Verbände zu ermöglichen, die komplementär ist. Die Hoffnung war, durch ein offenes Partizipationsprinzip die Forschungswende Community zu vernetzen⁹. Der Verein Adhocracy, der diese Plattform bereitstellt, unterstütze den Ansatz als Beitrag zur Demokratisierung.

Entgegen der Erwartungen wurde diese Beteiligungsplattform wenig genutzt und wird nicht weiter fortgeführt. Mögliche Gründe sind folgende:

- Mangelnde Internetaffinität in den Verbänden selbst und der Mitgliedschaft
- Mangelnde Werbung für diese Plattform durch die beteiligten Verbände
- Zu geringe Interessentenzahl überhaupt. Erfahrungsgemäß lesen viele mit aber nur wenige schreiben. Daher wird adhocracy erst interessant ab mindestens 1000 Lesern
- Zu kompliziert durch Login-Format, nicht sehr zugänglich
- Die Verbände haben Schwierigkeiten ihre eigenen internen Mitgliederinternetangebote mit Leben zu füllen. Deshalb waren sie überhaupt nicht an einem Parallelangebot interessiert und haben das nicht befördert
- Offline-Treffen sind einfach attraktiver insbesondere für neue und noch sehr um Prozess befindliche Strukturen ohne festen Kern und Erfahrungen miteinander
- Adhocracy war eine kurze Modeerscheinung ebenso wie die Partei Die Piraten.

5.4.5. Newsletter

Auf der Homepage konnte man sich zum Newsletter anmelden. Wir gaben diesen viermal im Jahr heraus. Die Homepage hatte zwischen 20 und 50 Klicks pro Tag, vor und nach Veranstaltungen und nach Newslettern auch mehr (bis zu 200). Der Newsletter war auf 585 Abonnenten gewachsen. Zudem betrieben wir einen Twitter-Kanal @Forschungswende mit 71 Followern (Stand 07/2014).

⁹ <https://forschungswende.adhocracy.de/login>

6. Beiräte und Netzwerke

6.1. Projektbeirat

Der Projektbeirat mit Prof. Schneidewind (Wuppertal Institut), Stefan Lange (v. Thünen Institut), Olaf Bandt (BUND), Dr. Stephan Albrecht (VDW), Dr. Alexander Gerber (BÖLW), Dr. Jakob Jakobsen (BMU) sowie Dr. Steffi Ober und Reiner Braun seitens des Projektes tagte am 18. Oktober in der Geschäftsstelle der VDW.

Zur zweiten Projektbeiratssitzung wurde am 02. August 2013 eingeladen. Leider gelang es nicht, alle Teilnehmer auf einen Termin zu bringen. Die Projektbeiratssitzung fand am 23. September 2013 vor der Berliner Runde mit wenigen Teilnehmerinnen statt. Ein Resümee wurde nach einem Jahr Laufzeit des Projektes gezogen, Erfolge und Schwierigkeiten diskutiert und daraus Konsequenzen für den weiteren Verlauf vorgeschlagen.

6.2. Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppen sollten die Entwicklung der Verbände unterstützen und partizipativ gestalten. Sie dienten als Think Tank und zur Integration der Interessen. Der Prozess in beiden Gruppen wurde dokumentiert und auf einer Internet Arbeitsplattform (Iversity) allen Teilnehmern zur Verfügung gestellt. Auf Iversity wurden Links und Dokumentationsmaterial, Mitteilungen, Aufgaben und Termine eingestellt.

Die Berliner Runde wurde von den Mitgliedsverbänden mit Projektbeginn gegründet, um ein handlungsfähiges Strategie-Gremium einzurichten. Die großen Umweltverbände (DNR, BUND, NABU), die auf Geschäftsführerebene vertreten waren, sowie Vertreterinnen der Nachhaltige Wissenschaftseinrichtungen entwickelte Strategien sowie Leitideen für einen eigenständigen Verbände-Prozess. In einem ersten Schritt hatte die Arbeitsgruppe Berliner Runde Kernforderungen entwickelt (siehe Anhang). Diese Kernforderungen wurden zwischen den Verbänden und auf dem 2. Workshop des Projektes eingehend diskutiert. Kritik und Anregungen wurden angenommen, so dass ein konsolidiertes Papier im Januar 2013 seitens des Mitgliedverbandes DNR mit der Bitte um Abstimmung und Unterschrift bis zum 21. März 2013 an zahlreiche Verbände, Gewerkschaften und kirchliche Institutionen verschickt wurde. Mit diesem Abstimmungsprozess wurde das Thema Wissenschaft und Forschung in den beteiligten Verbänden zumindest auf der Leitungsebene intensiv diskutiert.

Die Arbeits-Gruppe „Good-Practice“ stellte Erfahrungen aus zivilgesellschaftlichen Beteiligungsprozessen zusammen und sondierte so die Möglichkeiten, wie sich die Zivilgesellschaft aus kommunaler, Länder- und Bundesebene einbringen können. Ihre Aufgabe war es, Beispiele gelungener Partizipation zusammen zu stellen. Themen waren Gesundheitsforschung, Entwicklung neuer Narrative (story telling) sowie der Austausch mit anderen Projekten wie „Delikat“ (UBA-Projekt). In der Arbeitsgruppe trafen sich Vertreter aus den verschiedensten Bereichen. Die Europäische Perspektive, insbesondere im Hinblick auf FP7 und Horizon 2020 wurde mitbedacht. Sie tagte zweimal pro Jahr.

Die Arbeitsgruppe Energiewende hatte sich am 30. Oktober auf dem 2. Workshop der Zivilgesellschaft begründet und arbeitete seitdem kontinuierlich. Mehrere Treffen fanden in kleiner Runde statt, ein eigener Workshop wurde geplant und im Oktober 2013 umgesetzt.

7. Verbreitung des Lösungsansatzes

Einige Umwelt- und Entwicklungshilfeverbände entwickelten eigenständige Aktivitäten in der Wissenschaftsdiskussion. Zu allen im Bundestag vertretenen Parteien bestand Austausch. Auf unseren Veranstaltungen waren Mitglieder des Bundestages sowohl auf dem Podium als auch im Publikum vertreten. Die Forderung nach Einbeziehung der Zivilgesellschaft und ihrer Akteure in Forschung und Agenda-Setting haben Einzug in den Koalitionsvertrag gefunden.

7.1. Verbände

Zahlreiche Verbände (19) haben in den beiden Workshops und durch weitere Beratungen in der „Berliner Runde“ einen 10-Punkte Katalog mit „Zivilgesellschaftliche(n) Forderungen an die Wissenschafts- und Forschungspolitik“ entwickelt. Diese 10 Punkte sind mit konkreten Beschreibungen und Maßnahmen hinterlegt.¹⁰

- Mehr Partizipation der Zivilgesellschaft in der Wissenschaft durch Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Formulierung von Forschungsfragen und -programmen sowie in Gremien öffentlich finanzierter wissenschaftlicher Einrichtungen
- Einrichtung eines Wissenschaftsforums und eines Forschungsfonds der Zivilgesellschaft und wissenschaftspolitisches *Capacity Building*
- Entwicklung und Einrichtung transparenter Agenda-Prozesse für die inhaltliche Schwerpunktsetzung öffentlicher Forschungsförderung
- Forschungsprogramme und -aktivitäten für Zukunftsthemen und transdisziplinäre Forschung deutlich ausbauen
- Zivilgesellschaft in Forschungsprojekte einbinden bei Problemformulierung, Integration von Praxiswissen und Umsetzung in Forschungsprojekte und bürgernahe, partizipatorische Einrichtungen wie Wissenschaftsläden stärken und etablieren
- Disziplinen übergreifende Strukturen nachhaltiger Wissenschaft an Hochschulen und bestehende außeruniversitäre Kompetenzzentren der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung fördern
- freien Zugang zu Forschungsergebnissen ermöglichen
- Grundlagen und Qualitätsstandards der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung weiter entwickeln
- Jährlich eine Milliarde Euro mehr für transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung bereitstellen
- Ausreichende Ausstattung der Hochschulen für die freie Forschung und Lehre sicherstellen, insbesondere durch die Erhöhung der Grundmittelquote

Diese Forderungen wurden von den Verbänden in der Berliner Runde erarbeitet und in den Verbänden abgestimmt. Einige Verbände haben die entsprechenden Formulierungen und Forderung nach Transparenz und Partizipation aufgenommen in ihre Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2013 (BUND¹¹, NABU¹² und DNR¹³).

¹⁰ Weitere Informationen zu den Kernforderungen sind hier zu finden:

<http://forschungswende.de/index.php/artikel/wissenschaftspolitische-positionen/52-zivilgesellschaftliche-forderungen-an-die-wissenschafts-und-forschungspolitik> (Stand: 03.04.2013)

¹¹ www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/nachhaltigkeit/20110202_nachhaltigkeit_wissenschaft_diskussion.pdf (Stand: 30.03.2013)

¹² http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/umweltpolitik/nabu-bundestagswahl2013_3.pdf (Stand: 30.03.2013)

¹³ <http://www.forschungswende.de/index.php/artikel/wissenschaftspolitische-positionen>

7.2. Vernetzung mit anderen Projekten

- Mitarbeit im Beirat von DELIKAT¹⁴. Es fanden zwei Arbeitssitzungen und lebhaftes Diskussionen mit dem UBA/BMU geförderten Projekt statt. Der deliberative Ansatz von Delikat bot einen interessanten theoretischen Hintergrund für das Projekt „Forschungswende“.
- Informationsaustausch der Projektnehmer des BMU mit einem partizipatorischen Ansatz am 17. Juni 2013 von 11 bis 16 Uhr im BMU Berlin.
- Vernetzung mit dem Projekt: "Models of Change" UBA/BMUB des Öko-Institutes im BMBUB. Teilnahme an zwei Workshops im BMUB.
- Forschungsforum Energiewende des BMBF im Stakeholderkreis Zivilgesellschaft. Teilnahme an einem Workshop.
- Hintergrundgespräch zur AG „Wissenschaftsbasierter Umgang mit großen Herausforderungen am Beispiel der Energieforschung“ am 6. Dezember in Köln im Wissenschaftsrat.
- Rat für Nachhaltige Entwicklung RNE: Im RNE gibt es einen Arbeitskreis Wissenschaft, dem Olaf Tschimpke (NABU), angehört. Es vermittelt die Themen Partizipation der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Anforderungen an eine nachhaltige Wissenschaft in den RNE ebenso wie Prof. Hubert Weiger (BUND). Dort wurden die „Eckpunkte einer gemeinwohlorientierten Forschungspolitik“ diskutiert, der die wichtigsten Erkenntnisse und Argumentationslinien des partizipativen Ansatzes aus den Erfahrungen des Projektes zusammenfasst.

Teil C: Projektbilanz

8. Reflexion

In diesem Projekt sollten die Voraussetzungen sondiert werden, die eine Beteiligung der Umweltverbände an der Forschungsagenda Transformationsprozess gelingen lässt. Dazu wurde mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Verbänden, Wissenschaft und Politik auf den Tagungen und Workshops gemeinsam diskutiert und in die Zukunft gedacht. Diese Zusammenkünfte dienten nicht nur dem Wissensaufbau für die Verbändevertreter sondern auch dem Ziel, eine größere Vertrautheit mit dem Wissenschaftssystem herzustellen. Die Teilnahme der Projektmitarbeiterinnen an zahlreichen Treffen im wissenschaftspolitischen Umfeld erhöhte die Sichtbarkeit des Projektes und half, die Breite der Stakeholder zu erweitern. Das Projekt entwickelte binnen zwei Jahre eine hohe Aufmerksamkeit im politischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Raum. Die deliberative Einbindung der Zivilgesellschaft in die forschungspolitischen Debatten zur Nachhaltigkeitstransformation findet sich erstmals im Koalitionsvertrag 2013 wieder.

"Wir wollen Bürgerinnen und Bürger und die Akteure der Zivilgesellschaft konsequent in die Diskussion um Zukunftsprojekte und die Ausgestaltung von Forschungsagenden einbinden."
(S. 151, Koalitionsvertrag 2013)

Die Umsetzung dieses Ansatzes ist in der Praxis jedoch noch wenig erprobt. Die Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft in den Prozessen durchbricht langjährige Routinen und erfordert mehr Reflexion aller Beteiligten. Die steigende Anzahl an gemeinsamen Workshops, Tagungen und Projekten führt zu einer größeren Vertrautheit zwischen den verschiedenen Akteuren und ermöglicht

¹⁴ https://www.tu-berlin.de/ztg/menue/forschungsprojekte/projekte_-_abgeschlossen/delikat_-_fachdialoge_deliberative_demokratie/

mehr Verständnis untereinander. Dies könnte als Chance genutzt werden, um Forschung stärker an gesellschaftlichen Prozessen zu orientieren, Blockaden zu verhindern und somit Innovationen zu beschleunigen. Aus ersten Erfahrungen lässt sich aus Sicht der Autorin Folgendes lernen:

a.) **Transdisziplinäre Agendaprozesse:** Die Vertreterinnen der ZGO wurden an mehreren Agenda-Prozessen beteiligt wie Plattform Zukunftsstadt oder Forschungsforum Energiewende. Hier zeigte sich deutlich, wie wenig etabliert das Konzept einer transdisziplinären Zusammenarbeit ist und welchen Anstrengungen es von beiden Seiten noch bedarf, um eine Good Governance zu etablieren. ZGO, Politik und das Wissenschaftssystem sprechen sehr verschiedene Sprachen und bringen unterschiedliche Erwartungen an partizipative Prozesse mit. Anstatt sofort auf der Sachebene zu diskutieren und „business as usual“ zu fahren, müsste ein guter Prozess für beide Seiten erst mal Erwartungen, Ziele und Werte klären (Erwartungsmanagement). Implizite Prämissen und Werte, die für die jeweiligen Gruppen als ganz „normal“ erscheinen, bedürfen einer Erklärung, sobald sich verschiedene Systeme wie Wissenschaft und ZGO treffen. Wenn die Ziele unklar oder umstritten sind, dann fällt eine reine Diskussion über die Mittel zur Zielerreichung schwer. Zur besseren Strukturierung könnte eine neutrale Moderation beitragen, die nicht aus dem speziellen technischen Fachgebiet kommt sondern auf Prozesse und Verständigung achtet. Sowohl in den ZGO als auch der Wissenschaft und Wissenschaftspolitik steht die Aufgabe an, ihre Erwartungen zu klären, explizit für die anderen und der eigenen Reflexion zugänglich zu machen. Das BMBF (wie auch weitere beteiligte Ministerien) sollte sehr klar und deutlich kommunizieren, wie der Rahmen der partizipativen Prozesse gestaltet ist, welche Entscheidungen wirklich noch offen sind, wie die Beiträge aus den ZGO in die Prozesse wo mit welcher Gewichtung einfließen und wie die Entscheidungsstrukturen gelagert sind. Dies erfordert ein hohes Maß an Reflexion und Transparenz, die jedoch eine zwingende Voraussetzung dafür darstellt, dass für die ZGO ein Mehrwert für ihre Mitarbeit erkenntlich wird. Der weitere Verlauf des Prozesses vom Agendasetting über die Umsetzung in Forschungsprogramme bis hin zur Bewertung der Forschungsergebnisse sollte in einem mit allen Stakeholdern begleitenden Monitoring (Prozessmonitoring) erfolgen. Ohne eine transparente Klärung der jeweiligen Rollen der Stakeholder um Prozess, droht Partizipation zur Leerformel zu werden und in der Frustration zu enden.

b.) **Transdisziplinäre Projektentwicklung:** Auf den Veranstaltungen, die im Laufe des Projektes durchgeführt wurden, wurden Themen wie gesunde Ernährung, natur- und sozial gerechte Landnutzung, Erhalt und Förderung der biologischen Vielfalt, mögliche Begrenzungen der Klimaveränderungen oder ressourcenarme Lebensstile immer wieder diskutiert. Dabei wurden viele gemeinsame Ansätze und Interessen zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der ZGO wie der Wissenschaft deutlich. Wie daraus jedoch konkrete neue Forschungsfragen und partizipative Forschungsprojekte resultieren könnten, müsste in einem zweiten Schritt weiter konkretisiert und erprobt werden.

Wurden die Projektziele erreicht?

1. Projektziel: Analyse des bestehenden forschungspolitischen Willensbildungs- und Entscheidungssystems aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Hierzu wurde eine Studie zur Beteiligung der ZGO in der Energieforschung erstellt, ein Workshop veranstaltet und die Ergebnisse auf den Jahrestagungen diskutiert. Als Fazit lässt sich ziehen, dass bislang keine verlässlichen Leitlinien in den Bundesministerien wie in den Forschungseinrichtungen bestehen, ob und wie ZGO beteiligt werden. Sowohl die Auswahl der Verbände als auch ihr tatsächlicher Einfluss auf forschungspolitische Entscheidungen ist nicht transparent. Akteure aus der

Wirtschaft haben zahlreichere, institutionalisierte und somit einflussreichere Zugänge in das wissenschaftspolitische System als das den Umwelt- und Naturschutzverbänden möglich ist. In den großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind die ZGO nicht in den Gremien vertreten. Kritisiert werden von den ZGO die mangelnde Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten in den relevanten Gremien. Prozesse wie Plattform Zukunftsstadt und Forschungsforum Energiewende wurden kritisch begleitet und hinsichtlich ihrer Potenziale kommentiert.

2. Projektziel: Erarbeitung von Beteiligungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft an forschungspolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen

Ansätze für Beteiligungsmöglichkeiten wurden in zwei Workshops sowie mehreren Sitzungen der Berliner Runde und bilateralen Gesprächen mit Verbandsvertreterinnen intensiv diskutiert. Die Ergebnisse finden sich in den Kernforderungen der Verbände wieder. Die Diskussionen spiegeln sich auch in den Eckpunktepapier zu einer gemeinwohlorientierten Forschungspolitik wieder. Als wichtige Ansätze für weitere Überlegungen stellen sich die folgenden Punkte dar:

- Die wissenschaftspolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse sind noch weit entfernt von den ZGO. Damit sich die ZGO mehr in diese Prozesse einbringen können, müssen in ihren eigenen Organisationen personelle Zuständigkeiten für Wissenschafts- und Forschungspolitik aufgebaut werden. Maßnahmen könnten sein: Informations- und Bildungskampagnen für Mitglieder oder die allgemeine Öffentlichkeit zur Wissenschaftspolitik, Seminare für MultiplikatorInnen, Foren für GutachterInnen oder Gremienmitglieder aus der Zivilgesellschaft.
- Wissenschaft ist voraussetzungsreich, es mangelt an Vertrautheit mit Verfahren, Akteuren und Themen. Hier bedarf es eines geduldigen Aufbaus von Austauschmöglichkeiten zwischen ZGO, Wissenschaft ebenso mit Politik und Wirtschaft im weiteren Kreise. Denkbar wäre eine Agora, im Sinne von Helga Nowotny ein Ort, an dem sich die Stakeholder aus den diversen Bereichen austauschen, Vertrauen gewinnen und gemeinsam neue Ideen und Ansätze entwickeln. Beteiligungsmöglichkeiten in Agenda-Setting-Prozessen der Wissenschaftspolitik wie für die Bioökonomiestrategie oder die Hightech-Strategie würden bereichert, wenn sie aus den fachkundigen, gemeinwohlorientierten Verbänden neue Impulse für Forschung und Innovation erhalten. Dies geht jedoch über die individuelle Meinung einzelner Akteure hinaus und erfordert einen vorgelagerten Abstimmungs-Prozess zwischen den ZGO und nachhaltigkeitsorientierter Wissenschaft.
- Als Beispiel, wie man einen solchen vorgelagerten Diskussionsprozess strukturieren könnte, bietet sich an, sich bei den Strukturen der Wirtschaftsakteure umzusehen, wie den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Dort gibt es Strukturen, die es den einzelnen Unternehmen ermöglichen, sich zu informieren, zu diskutieren und an gemeinsamen Strategien im Sinne der Deutschen Wirtschaft zur Forschungspolitik zu arbeiten. Das Forschungsparlament oder die Energiearbeitsgruppe des BDI sind solche Orte, die einem eigenständigen, aktiven Agendasetting dienen.
- Sollte man sich eine solche Struktur für die ZGO überlegen, gibt es jedoch einige wesentlichen Unterschiede zur Industrie. ZGO und Ehrenamt sind finanzschwach, ihre Beteiligung als Vertretung gemeinwohlorientierter Interessen bedarf einer guten Begründung. Eine Forschungsplattform der Zivilgesellschaft bedürfte daher einer guten Governancestruktur und einer Finanzierung aus öffentlichen Mitteln. Dies wäre ein Verfahren analog zu Forschungsunion

oder Bioökonomierat. In diesen Gremien gibt es aus öffentlichen Mitteln finanzierte Geschäftsstellen, die die Arbeit der Expertengremien koordinierten und vorbereiten.

- Diese Überlegungen erfordern gleichzeitig Ressourcen für Maßnahmen in den einzelnen Verbänden wie auch für eine Struktur der Verbändekooperationen. Dies müsste in den Haushaltsberatungen für das BMBF mitbedacht werden (Parlament, Haushaltsentscheidung). Eine Möglichkeit, um die Verbände stärker in Forschung und Innovation einzubinden, wäre ein Verbändetitel beim BMBF. Diese Verbändetitel sind in anderen Ressorts wie dem BMUB oder dem BMFSJ gängige Praxis und haben sich bewährt, um neue Themen in den Verbänden zu unterstützen. Verbunden mit einem Verbändetitel sind sowohl Personalmittel als auch Sachmittel, um in den Verbänden das Thema Wissenschaft und Forschung zu etablieren und zur Partizipation beizutragen.

3. Projektziel: Identifizierung von Ansatzpunkten für eine nachhaltigkeitsorientierte Verzahnung der staatlichen forschungspolitischen Ebenen (Regierungen, Parlamente, Hochschulen, außeruniversitäre Forschung, Forschungsförderung) mit zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Die Ansatzpunkte für eine nachhaltigkeitsorientierte Verzahnung wurden auf den Tagungen mit Vorträgen und Diskussionen immer wieder aufgegriffen. Sie finden sich ebenso in den Kernforderungen der Verbände. Folgende Ansatzpunkte wurden identifiziert:

- Eine gleichberechtigte und frühzeitige Einbeziehung von VertreterInnen der Zivilgesellschaft in Agenda-Prozesse zur Themenfindung und Ausgestaltung von Forschungsprogrammen. Berufung von Expertengremien in transparenten Prozessen. Die zivilgesellschaftlichen VertreterInnen sind in der Regel auf eine Aufwandsentschädigung angewiesen.
- Gefördert werden soll die Entwicklung und Einrichtung transparenter Agenda-Prozesse für die inhaltliche Schwerpunktsetzung in der öffentlicher Forschungsförderung.
- „Über die inhaltliche Ausrichtung von wissenschaftlichen Einrichtung wie Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen oder Einrichtungen der Ressortforschung wird in einer Vielzahl von Gremien entschieden, in denen neben der Wissenschaft und der Wissenschaftsadministration teilweise auch andere gesellschaftliche Gruppen vertreten sind. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind anders als beispielsweise WirtschaftsvertreterInnen deutlich unterrepräsentiert. Ob in allen Gremien eine Beteiligung der Wirtschaft sinnvoll ist, sollte überprüft werden. Die Position der Zivilgesellschaft in die Ausgestaltung von Rahmenbedingungen und Schwerpunkten der Lehre und Forschung an den öffentlichen Einrichtungen sollte gestärkt werden. Dies erfordert die Einbeziehung von VertreterInnen der Zivilgesellschaft in die Gremien von
 - ✓ Hochschulen
 - ✓ außeruniversitären Forschungsgemeinschaften
 - ✓ einzelnen außeruniversitären Forschungsinstituten und -zentren
 - ✓ Wissenschaftlichen Akademien
 - ✓ Wissenschaftsrat
- Die Entscheidungen über die thematische Ausrichtung von Forschungsprogrammen und die Zusammensetzung von Steuerungsgremien wissenschaftlicher Institutionen erfolgen häufig in zu wenig transparenten Verfahren. Wissenschaftspolitik erlangt eine geringe öffentliche Aufmerksamkeit. Dies ist ein Hindernis für eine plurale und demokratische Entscheidungsfindung

über Prioritäten und Ausrichtung einer Forschung, die sich an gesellschaftlichen Problemlagen orientiert und deren Lösung vorbereiten soll. Mit Steuergeldern erarbeitetes Wissen sollte allen zur Verfügung stehen. Lösungen dafür sind Open Science und Commons des Wissens.

- Erstellung von ausführlichen Nachhaltigkeitsberichten, die der Öffentlichkeit Auskunft geben über den Beitrag der Einrichtungen zu einer Nachhaltigen Wissenschaft und über ökologische und soziale Wirkungen ihrer Geschäftstätigkeit. Damit einhergehend müssen Indikatoren und Standards entwickelt werden. Die Berichte dienen der Zivilgesellschaft, aber auch Abgeordneten und anderen Interessierten als Grundlage für die Diskussion um die Forschungsagenden der Einrichtungen. Hier laufen erste Prototypen wie in der Fraunhofer Gesellschaft.
- Die Forschungsförderung orientiert sich bislang zu wenig an den großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Tut sie es doch, dann konzentriert sich mit dem Löwenanteil des Budgets auf isolierte, oft einseitig technische Lösungen. Vorbildliche, auf gesellschaftliche Probleme orientierte transdisziplinäre Förderprogramme wie das BMBF-Programm Sozial-Ökologische Forschung (SÖF) bilden die Ausnahme. Transdisziplinäre Forschungsprogramme zu Zukunftsfragen, transformative Forschung und Transformationsforschung, auch innovative, experimentelle (d.h. auch „riskante“) und partizipatorische Forschung sollten stärker gefördert und breiter in relevanten Programmen (wie Bioökonomie & Hightech-Strategie) verankert werden.
- Obwohl die Statuten der Forschungsgemeinschaften eine hohe gesellschaftliche Relevanz der Forschung versprechen, bleiben sie tatsächlich hinter den Möglichkeiten zurück, die ihnen ihre institutionelle Förderung eröffnet. Hier liegt es an den VertreterInnen des Bundes in den Steuerungsgremien der Forschungsorganisationen und der einzelnen Institute, sich konsequenter für eine stärkere Nachhaltigkeitsorientierung und Transdisziplinarität der Forschung einzusetzen. In plural besetzten Gremien werden VertreterInnen der Zivilgesellschaft das unterstützen.
- Hochschulen schaffen in ihrer disziplinären Struktur wichtige Grundlagen für die transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung. Gleichzeitig wirkt die disziplinäre Organisation aber der inter- und transdisziplinären Zusammenarbeit entgegen. Deshalb sollen innovative institutionelle Ansätze einer transdisziplinären Nachhaltigkeitslehre und -forschung an Hochschulen besonders gefördert werden. Dabei soll auch die Zusammenarbeit mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und mit der Zivilgesellschaft besondere Berücksichtigung finden.
- Einrichtung von Förderprogrammen auf der Ebene der Bundesländer und zwischen Bund und Ländern zur Förderung des Aufbaus und der Weiterentwicklung innovativer Strukturen für Lehre und Forschung an Hochschulen mit mindestens 5 bis 10 -jähriger Laufzeit (nach Aufhebung des Kooperationsverbots oder nach dem Modell der Geisteswissenschaftlichen Zentren)
- Die Aufnahme von transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung und -lehre in die Regelungen zu Leistungszulagen und die Zielvereinbarungen mit den Landeswischenschaftsministerien wäre ein Instrument in den Ländern. Bei einer Neuauflage der Exzellenzinitiative könnte man diese ausdrücklich für transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung öffnen.
- Außeruniversitäre nicht durch Bund-Länder-Vereinbarungen geförderte Institute wie die Mitglieder des Ecornet treiben seit mehr als 30 Jahren die konzeptionelle Grundlage die Methoden und Forschungszugänge einer transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung sowie die Umsetzung der wissenschaftlichen Ergebnisse in die Praxis in besonderer Weise voran. Für die Fortentwicklung solcher Grundlagen und für die Transformation des Wissenschaftssystems sind diese Forschungsinstitute auch in Zukunft wichtig. Durch eine institutionelle Förderung wären sie

als Innovatoren im Wissenschaftssystem gestärkt und in Themenwahl und Methodeneinsatz unabhängiger von Drittmitteln. Der verstärkte Austausch zwischen ZGO und außeruniversitären Forschungseinrichtungen kostet letztere auch Zeit und Geld, Ressourcen, die sie in ihrer Projektabhängigkeit nur schwer aufbringen können. Dies erschwert auch die gewünschte größerer Vertrautheit der ZGO zu Forschungsthemen. ZGO haben historisch bedingt eine größere Nähe zu diesen Einrichtungen.

4. Projektziel: Einbindung der Zielgruppen: Die primäre Zielgruppe des Projektes sind die Umwelt- und Naturschutzverbände sowie – soweit leistbar – weitere relevante Akteure der organisierten Zivilgesellschaft wie Kirchen oder Gewerkschaften, sofern sie sich umwelt- und nachhaltigkeitspolitisch engagieren.

Die Einbindung der ZGOs aus Umwelt- und Naturschutzverbänden ist teilweise gelungen aber noch im Aufbau. Die Aktivitäten der Verbände sind differenziert zu betrachten.

- Der Dachverband DNR hat einen Workshop zu Energieforschung mit gestaltet und ist Kooperationspartner für das anschließende Projekt. Der DNR engagiert sich mit seinem Präsidenten, dem Präsidium und der Geschäftsführung in den strategischen Beratungen wie Beirat und Berliner Runde. Die knappe Personallage des Verbandes erlaubt jedoch kein weiteres Engagement auf der Arbeitsebene.
- Im BUND ist eine eigene ehrenamtliche Arbeitsgruppe zu forschungspolitischen Fragestellungen entstanden. Dieser gehören rund 20 Mitglieder an. Sie treffen sich zweimal im Jahr. Diese Gruppe arbeitet jedoch im Ehrenamt und ist daher eingeschränkt handlungsfähig. Weiterhin treiben im BUND der Präsident, der Geschäftsführer und die Mitglieder des Wissenschaftsarbeitskreises im gesellschaftlichen wie politischen Kontext die Debatte zu Partizipation voran. Der BUND ist ebenfalls in der Berliner Runde wie dem Projekt- Beirat vertreten.
- Im NABU gibt es eine Teilzeitstelle zu nachhaltiger Wissenschaftspolitik sowie Unterstützung seitens des Präsidenten und des Kuratoriums. Der Präsident engagiert sich im RNE und anderen Gremien aktiv für Transparenz und Partizipation in der Wissenschaftspolitik. Seitens der fachpolitischen Ebene wird die Forschungsstrategie Bioökonomie aktiv begleitet und dafür Strukturen geschaffen.
- Mit den Entwicklungshilfeverbänden Brot für die Welt und der Deutschen UNESCO Kommission wurde eine erfolgreiche gemeinsame Tagung initiiert und weiterer Austausch vereinbart. Der Dachverband VENRO ist mit in der Berliner Runde vertreten.
- Im Themenfeld Bioökonomie entwickelt sich eine eigenständige weitere Zusammenarbeit zwischen den Verbänden der Entwicklungshilfe (BfdW) wie den Umweltverbänden (Greenpeace, WWF, NABU, DNR, SOS u.a.). Hier geht es darum, ein Verständnis für die forschungspolitischen Herausforderungen zu gewinnen und mit zu gestalten.
- Die Verbraucherzentrale Bundesverband wie NRW sind interessiert und werden sich in der zweiten Projektphase engagieren. Das Zentrum für Verbraucherforschung in NRW ist ein gutes Beispiel für eine staatlich unterstützte Struktur, die sich aktiv in der Forschung beteiligt.
- Transparency Deutschland ist Mitglied in der Berliner Runde und hat die Kernforderungen der Verbände mit gezeichnet. Hier besteht Austausch mit der Wissenschaftsarbeitsgruppe von TI. Diese widmet sich vor allem möglichen Ansätzen gegen Korruption durch die ausufernde Drittmittelforschung an Universitäten und Hochschulen.

- Kirchen wie Gewerkschaften waren teilweise in Workshops und Berliner Runde mit dabei. In diesen Organisationen gibt es keine Ansprechpartner für Wissenschaftspolitik, eher für Bildung oder Hochschulen (GIW). Das macht es für die Organisationen schwierig, kontinuierlich mit zu arbeiten.

Die Verbände sind in den Führungsebenen gut ansprechbar für Wissenschaftspolitik und tragen ihren Teil zum Gelingen bei. Schwierig bleibt die Vermittlung in das Hauptamt und die Mitgliederschaft. Hier ist noch einiges zu leisten, um einerseits innerhalb der Verbände mehr Ressourcen für dieses Thema bereitzustellen, andererseits Multiplikatorenschulungen in den Strukturen (wie in den Landesverbänden) und Kommunikation in die Verbände hinein. Den Umwelt- und Naturschutzverbänden zu vermitteln, dass ihr Engagement für eine nachhaltige Wissenschaftspolitik in ihrem ureigenen Verbandsinteresse liegt, dass sie damit wesentlich zum Erreichen ihrer Ziele wie dem Schutz der Biodiversität und der Umwelt beitragen können, bleibt eine Herausforderung. Bislang herrscht noch eher das Verständnis vor, dass forschungspolitisches Engagement eine lästige Zusatzaufgabe sei.

9. Blick in die Zukunft – Aufbau einer transformativen Literacy

„Wir empfehlen daher, dass sich alle Schlüsselakteure um Mittel und Wege zur Verbesserung des Wissenstransfers, zur gemeinsamen Übernahme von Verantwortung und zur Steigerung von Kompetenzen auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung bemühen sollten. Wir sind der Überzeugung, dass die Zivilgesellschaft in der Lage ist, größeren Input im Bereich der transformativen Wissenschaften und bei der Mitgestaltung von Prozessen zu leisten, und dies auch tun sollte.“ (Peer Review Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung 2013, 75)

Damit die Schlüsselakteure aus der Zivilgesellschaft, die großen und kleinen Verbände sowie lose aber höchst innovative Netzwerke, sich wie gefordert einbringen können, fehlen jedoch noch wesentliche Strukturen und Einsichten. Aufbauend auf den Erfahrungen und Einsichten, die im Projekt „Transparenz und Partizipation in der Wissenschafts- & Forschungspolitik“ gesammelt werden konnten, sollte der Focus auf dem Aufbau einer Transformativen Literacy liegen. Dieser Begriff wurde weiter entwickelt aus der Idee einer Environmental Literacy, der Integration des ökologischen Systemwissens in transdisziplinäre Prozesse (Scholz 2011). Literacy ist im wörtlichen Sinne der Umgang mit Büchern, Erzählungen und Texten. Basierend auf der Idee der transdisziplinären Prozesse sind konkrete gesellschaftliche Problemlagen der Ausgangspunkt für wissenschaftliche Fragestellungen. Um die Probleme jedoch angemessen zu erfassen, muss Wissen aus unterschiedlicher Disziplinen mit dem impliziten Wissen gestaltender Akteure zusammengebracht werden, damit sozial robustes Wissen entstehen kann. Dieses Wissen ist nicht nur wissenschaftlich abgesichert sondern auch nahe an den gesellschaftlichen Problemlagen. Die Probleme lösen sich jedoch nur dann, wenn Wissen entscheidungs- und handlungsleitend wird. Dazu muss Ziel- und Transformationswissen erzeugt werden. Erst in diesem Dreiklang vermag sozial robustes Wissen mit Orientierungsfunktion für Akteure zu entstehen:

Transformative Literacy ist die Fähigkeit, Transformationsprozesse adäquat in ihrer Vieldimensionalität zu verstehen, und eigenes Handeln in Transformationsprozesse einzubringen. (Schneidewind 2013)

Damit die Zivilgesellschaft und ihre Organisationen transformative Literacy aufbauen können muss ein Umdenken stattfinden. Dafür gilt es zu werben, Verständnis zu vermitteln und Zustimmung einzuholen. Als fördernde politische Rahmenbedingungen sollten folgende Punkte bedacht werden:

1. Beteiligung gesellschaftlicher Akteure in Forschung und Agendasetting stärken
2. Mehr Ressourcen für die zivilgesellschaftlichen Organisationen bereitstellen
3. Empowerment und Capacity Building in den zivilgesellschaftlichen Organisationen stärken
4. Koordination und Kooperation in und zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen stärken – Idee einer zivilgesellschaftlichen Forschungs-Plattform
5. Bündelung des vorhandenen, vielfältigen Wissens der Organisationen
6. Lose Netzwerke und kleine Verbände einbeziehen, innovative Ansätze sichtbar machen

1.) Obwohl die Beteiligung gesellschaftlicher Akteure am Formulieren von Forschungsfragen in einzelnen Vorhaben wie auch das Bestimmen von ganzen Forschungsagenden bzw. -programmen dazu führt, dass die gesellschaftliche Relevanz und die Umsetzungschancen befördert werden, fehlt diese oftmals. Wie beschrieben sind große Unternehmen durchaus in entsprechenden Programmbeiräten vertreten, während zivilgesellschaftliche Expertise in Beratungen über ganze Forschungsprogramme oder Forschungsstrategien kaum herangezogen wird. Wenn beteiligt, dann sind zivilgesellschaftlichen Organisationen oftmals in der Minderheit und können ihre Stimme kaum geltend machen. Dies lässt sich an beratenden Expertengremien der Bundesregierung wie Forschungsunion, dem Forschungsforum Energiewende oder dem Bioökonomierat nachvollziehen.

2.) Wenn es politisch gewünscht und wissenschaftlich notwendig ist, dass zivilgesellschaftliche Organisationen stärker sowohl im Agendasetting als auch in den transdisziplinären Forschungsabläufen beteiligt werden, dann muss geklärt werden, wie dafür mehr Ressourcen als bislang bereit gestellt werden. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen werden diese zusätzlichen Aufgaben nicht „on top“ leisten können. Die Schwierigkeiten lassen sich empirisch leicht darstellen, Forscher haben Mühe, Praxispartner vorzuweisen. Die Agenda-Setting-Prozesse des BMBF wie „Plattform Zukunftsstadt“ finden nur mühsam zivilgesellschaftliche Organisationen, die mitarbeiten. Dies führt zu Enttäuschungen auf beiden Seiten.

3.) Das Empowerment und Capacity Building zu Wissenschaft und Forschung wird in den Zivilgesellschaftlichen Organisationen gestärkt, wenn bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eine Verbändeförderung für Wissenschaft könnte dazu beitragen, mittelfristig personenunabhängige Strukturen in den zivilgesellschaftlichen Organisationen zu schaffen. Es besteht eine gute Chance, dass sich somit wissenschaftliche Erkenntnisse (Transfer) schneller umsetzen und dass Blockaden reduziert werden.

4.) Koordination und Kooperation unter den Vertreterinnen und Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft im Thema Wissenschaft und Forschung sind noch wenig entwickelt. Erste zarte Anläufe existieren mit dem BMU-Projekt „Partizipation und Transparenz in der Forschungspolitik“. Dieses ist jedoch weitgehend auf Umweltverbände beschränkt und mit einem geringen Budget ausgestattet. Eine breitere Kooperationsplattform der Verbände und Netzwerke aus der Zivilgesellschaft hätte den Vorteil, dass dort Wissen zu relevanten Themen erworben, geteilt und erhalten werden kann. Die Plattform könnte eine Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft bilden, die für ein entsprechendes Interesse in den Verbänden und kompetenten Vertretern für das Agenda-Setting oder Evaluationen von Forschungsprogrammen sorgt. Da „die Zivilgesellschaft“ nicht mit der Wissenschaft oder Politik spricht, könnte eine eigenständige Plattform die Sprachfähigkeit der Gesellschaft, ihre Interessenvertretung und ihren Beitrag zu robusten Lösungen ebenso wie zur Akzeptanz der Transformation erhöhen.

5.) Eine Aufgabe einer zivilgesellschaftlichen Plattform liegt darin, das bereits vorhandene vielfältige Wissen der Organisationen zu bündeln und zu strukturieren. Das wäre insbesondere im Hinblick auf die großen Forschungsthemen wichtig. Hierzu gehört die großen Themen der Hightech-Strategie genauso wie Städte der Zukunft oder Bioökonomie.

6.) Viele innovative Ansätze sind in wenig strukturierten und kleinen Vereinigungen zu finden. Hier entsteht ein Potenzial aus der Zivilgesellschaft heraus, das für die etablierten Akteure in der Forschungspolitik eher schwer zugänglich ist. Dazu gehören die Transformationsbestrebungen zur kohlenstoffarmen Gesellschaft wie Ökodörfer, Energiedörfer oder Transition-Towns. Gerade auf der lokalen und regionalen Ebene sind Verbindungen diese innovativen Strukturen zu den etablierten Verbänden der Zivilgesellschaft oft gegeben und eine entsprechende Plattform auf der Bundesebene spricht sich auch als Anlaufpartner sehr schnell herum. Dies zeigen die Erfahrungen des Projektes „Transparenz und Partizipation in der Forschungspolitik“. Hier könnte eine entsprechende Schnittstelle die Distanz zwischen den Systemen verringern und spannende Ideen in den Forschungsprozess einbringen.

Danksagung:

Besonderer Dank geht an die Mitarbeiterinnen Stella Veciana und Hannes Bever, die den Aufbau des Projektes unterstützt haben. Der VDW gilt Dank für die materielle und ideelle Unterstützung in zahlreichen Diskussionen und Gesprächen mit Vorstand, Beirat und Geschäftsstelle. Engagierte WissenschaftlerInnen und VertreterInnen aus den Verbänden haben erheblich zum Gelingen der letzten beiden Jahre beigetragen.

Literatur:

Schneidewind, U., P. H. Feindt, H. Meister, J. Minsch, T. Schulz, J. Tscheulin. 1997. Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit: Vom Was zum Wie in der Nachhaltigkeitsdebatte. GAIA 6: 182–196.

Schneidewind Uwe (2013) Understanding and Shaping Societal Transformations GAIA 22/2: 82 – 86

Scholz, R. W. 2011. Environmental literacy in science and society. From knowledge to decisions. New York: Cambridge University Press.

ANHANG

DATUM	Format	Link
Workshops & Tagungen		
30.10.2012	„Grundlagen für Leitgedanken und Kernforderungen der zivilgesellschaftlichen Plattform“, 2. Workshop, 30. Oktober 2012, NABU, Berlin	http://forschungswende.de/index.php?option=com_content&view=article&id=37:dokumentation-2-workshop-forschungswende&catid=24&Itemid=178
19.02.2013	Von der Zukunft Denken: Grenzen der Ökologischen und Ökonomische Steigerungslgik, 3. Workshop, NABU, Berlin	http://forschungswende.de/index.php?option=com_content&view=article&id=66:dokumentation-3-workshop-forschungswende&catid=24&Itemid=178
31.05.2013	Tagung "Partizipation und Transparenz in der Wissenschafts- und Forschungspolitik"< BBAW, Berlin	http://forschungswende.de/index.php?option=com_content&view=article&id=88:dokumentation-zur-tagung-partizipation-und-transparenz-in-der-wissenschafts-und-forschungspolitik&catid=24&Itemid=178
21.10.2013	Energie Fachgespräche - Forschungswende für die Energiewende, NABU, Berlin	http://forschungswende.de/index.php?option=com_content&view=article&id=130:forschen-fuer-die-energiewende&catid=24&Itemid=178
25.02.2014	Transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung - neue Partner für die Entwicklungsarbeit, Zentrum für Entwicklungsforschung, Bonn	http://forschungswende.de/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=24&Itemid=178
07.05.2014	Neue Allianzen zwischen Gesellschaft, Politik und Wissenschaft? Eine Zwischenbilanz.	http://forschungswende.de/index.php?option=com_content&view=article&id=185:neue-allianzen-zwischen-gesellschaft-politik-und-wissenschaft-eine-zwischenbilanz&catid=24&Itemid=178
Arbeitspapiere		
Mai 2013	Zivilgesellschaftliche Forderungen an die Wissenschafts- und Forschungspolitik	http://www.dnr.de/downloads/20130828_zivilgesellschaftliche-forderungen-wi.pdf
Okt 2013	Strukturelle und programmatische Hindernisse für eine Partizipation der Umweltverbände in der staatlichen Forschungspolitik. Matthias Bergmann (2013). Ein Gutachten für das Vorhaben Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende im Auftrag der VDW e.V.	http://www.forschungswende.de/images/Dokumentation/Gutachten_Partizipation_VDW.pdf
Mai 2014	Eckpunktepapier zu einer gemeinwohlorientierten Forschungspolitik	http://www.forschungswende.de/index.php?option=com_content&view=article&id=175:eckpunktepapier-zu-einer-gemeinwohlorientierten-forschungspolitik&catid=8&Itemid=107
Juli 2014	Flyer zur Energieforschung	http://www.forschungswende.de/images/PDF/Fact%20Sheet%20Energieforschung.pdf
Juli 2014	Arbeitspapier Partizipative Forschung	http://www.forschungswende.de/index.php?option=com_content&view=article&id=197:arbeitspapier-partizipative-forschung&catid=13&Itemid=114

Vorträge		
22.02.2013	Ober, Steffi. Podiumsdiskussion. Fortschrittskongress "Forschen für den Fortschritt", Düsseldorf.	http://www.wissenschaft.nrw.de/fileadmin/Medien/Dokumente/Forschung/Fortschritt/Zusammenfassung_Fortschrittskongress.pdf
12.11.2013	Ober, Steffi. Alternatives Denken, Workshop Denkwerk Zukunft. Wissenschaftszentrum Bonn.	http://www.denkwerkzukunft.de/index.php/aktivitaeten/index/Alternatives%20Denken_Nov_2013
13.11.2013	Ober, Steffi. Ansätze in der Governance von Wissenschaft und Forschung. Input Themenforum Forschung. In Tagung "Die Hochschule auf dem Weg zur Nachhaltigkeit" Bedeutungen, Ziele und konkrete Konzepte.	http://www.fh-kiel.de/index.php?id=13166&type=123
26.04.2013	Veciana, Stella. Selbstdarstellung: zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende. FoLD Netzwerktreffen, 26. April.2013	https://fold.liqd Tischlein Deck Dich Tischlein Deck Dichnet/netzwerk/veranstaltungen/fold-treffen-am-26-04-2013/
30.01.2014	Ober, Steffi. German Future Earth Summit 2014 - Ein Veranstaltungskommentar von Steffi Ober aus der Perspektive der Zivilgesellschaft, 30.01.2014, Nawis.	http://nachhaltigewissenschaft.blog.de/2014/01/30/german-future-earth-summit-2014-veranstaltungskommentar-steffi-ober-perspektive-zivilgesellschaft-17660720/
06.05.2014	Ober, Steffi. Zivilgesellschaftliche Positionen für eine nachhaltige Wissenschaftspolitik. Veranstaltungsreihe zu nachhaltiger Wissenschaft in Thüringen, Erfurt.	https://www.uni-erfurt.de/uni/aktuelles/2014/veranstaltungsreihe-zu-nachhaltiger-wissenschaft-in-thueringen/
20.05.2014	Veciana, Stella. Ziele, Arbeitsformen, Erfahrungen der Zivilgesellschaftlichen Plattform Forschungswende. Seminar „Gesundheitspolitik live – Advocacy Tage 2014“, Kooperationsverbund Hochschulen für Gesundheit e.V., Alice Salomon Hochschule, Berlin.	http://hgi.charite.de/fileadmin/user_upload/microsites/ohne_AZ/m_cc01/hgi/Dokumente-HGI/ASH-Programm.pdf
21.05.2014	Ober Steffi, Input Workshop Engage 2020. Sofia.	http://www.engage2020.eu/
24.06.2014	Ober, Steffi. Gemeinwohlorientierte Wissenschaft für eine zukunftsfähige und geschlechtergerechte Green Economy. Keynote. CaGE. Neue Mälzerei, Berlin.	http://www.cage-online.de/wp-content/uploads/2014/06/CaGE-WPD-Berlin-Abend.pdf
01.07.2024	Ober, Steffi. Workshop Input. Effective Participation of Civil Society Organisations in Research & Innovation. CONSIDER Expert Workshop, CONSIDER, Brüssel.	http://www.consider-project.eu/wp-content/uploads/2014/06/Agenda-CONSIDER-Expert-Workshop.pdf
08.07.2014	Ober, Steffi. Workshop Input. Citizen Science ThinkTank Workshop, Kalkscheune, Berlin	http://www.buergerschaftenwissen.de/sites/default/files/assets/dokumente/thinktank-workshop_gewiss_08.07.14_programm.pdf
Veröffentlichungen & Medienpräsenz		
Aug 12	Ober, Steffi. Zivilgesellschaft und Wissenschaftspolitik. Wir müssen unseren „ökologischen Fußabdruck“ drastisch reduzieren. Interview von Manfred Ronzheimer, Zeitschrift für Innovation · Heft 4 · August 2012	http://www.lemmens.de/fileadmin/user_upload/Verlag/Zeitschriften/Wissenschaftsmanagement/PDF-Dateien/Wima_4_12_Internet.pdf
Aug 13	eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 08/2013 vom 10.05.2013	http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_ober_130510.pdf
Jan 14	Ober, Steffi (2014): Wissenschaftspolitik nachhaltiger gestalten. In: Gaia 23 (1): 11-13	http://www.oekom.de/index.php?id=1693
Feb 14	Ober, Steffi (2014): Forschungswende für die Große Transformation Neue Ansätze in der Forschungspolitik. BBE Europa-Newsletter	http://www.b-be.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/02/enl02-14_Gastbeitrag_Ober.pdf

2/2014		
24.09.2012	Zivilgesellschaft und Wissenschaftspolitik. Interview, Manfred Ronzheimer. In: wissenschaftsmanagement.de, 24.09.2012	http://www.wissenschaftsmanagement.de/news/zivilgesellschaft-und-wissenschaftspolitik
25.10.2012	Verantworten statt antworten. Christiane Grefe, DIE ZEIT № 44/2012	http://www.zeit.de/2012/44/Nachhaltigkeit-Zukunftsprojekt-Erde-Wissenschaftsjahr
14.11.2012	Workshop zur Forschungswende. Kernforderungen der Zivilgesellschaft an die Wissenschafts- und Forschungspolitik. Manfred Ronzheimer. In: innovationsmonitor, 14.11.2012	http://www.innomonitor.de/index.php?id=132&be=3354
11.12.2012	Experten fordern nachhaltigen Wandel der Wissenschaft	http://wupperinst.org/de/info/details/wi/a/s/ad/1954/
01.06.2013	Themen oder Strukturen. Die Zivilgesellschaft diskutiert, wie sie eine Forschungswende erreichen kann. Manfred Ronzheimer. In: innovationsmonitor, 01.06.2013	http://www.innomonitor.de/index.php?id=132&be=3528
25.01.2014	Umbau der Forschungslandschaft. Die Machtfrage stellen. Manfred Ronzheimer. In: taz.de, 25.01.2014	http://www.wissenschaftsmanagement.de/news/zivilgesellschaft-und-wissenschaftspolitik
07.05.2014	Zivilgesellschaft, transformative Wissenschaft, und was die Netzgemeinde damit zu tun hat	http://blog.till-westermayer.de/index.php/2014/05/07/zivilgesellschaft-transformative-wissenschaft-und-was-die-netzgemeinde-damit-zu-tun-hat/#more-5484
07.05.2014	Es fehlt die gesellschaftliche Debatte. Hubert Weiger zieht eine Zwischenbilanz der "Nachhaltigen Wissenschaft". Manfred Ronzheimer. In: innovationsmonitor, 07.05.2014	http://www.innomonitor.de/index.php?be=3725
04.07.2014	Braucht die Forschungspolitik eine Wende? Von Jürgen Voges VDI - Nachrichten, 4. Juli 2014 Ausgabe 27	http://www.vdi-nachrichten.com/Technik-Gesellschaft/Braucht-Forschungspolitik-Wende
23.06.2014	Fehlt die nötige Freiheit im Labor? Neue Presse, 23.06.2014 09:55 Uhr Carsten Bergmann	http://www.neuepresse.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Fehlt-die-noetige-Freiheit-im-Labor
Jun 14	Partizipation in der Wissenschaft. Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende. Christiane Weihe. Öko-Institut e.V., eco-work , Juni 2014, 2-3.	http://www.oeko.de/fileadmin/e-paper/2014/ecoatwork_02_2014.pdf
8.05.2014	Abschlusstagung der "Forschungswende". Manfred Ronzheimer. In: Transformationszeitung, 08.05.2014	http://transformationszeitung.wordpress.com/2014/05/08/abschlusstagung-der-forschungswende/